

Ein Dossier von ENGAGEMENT GLOBAL in Zusammenarbeit mit der Redaktion WELT-SICHTEN.

Flucht und kommunale Entwicklungspolitik

Gemeinsam globale Verantwortung übernehmen

**ENGAGEMENT
GLOBAL**

Service für Entwicklungsinitiativen



SERVICESTELLE

KOMMUNEN IN DER EINEN WELT



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Mit der Welt verbunden: Durch Flucht und Migration werden globale Zusammenhänge in großen wie in kleinen Kommunen zum Thema.

Foto: Marco2811 / Fotolia





Dr. Jens Kreuter
ist Geschäftsführer der
Engagement Global gGmbH –
Service für Entwicklungsinitiativen.

Liebe Leserinnen und Leser,

nach wie vor fliehen Menschen vor Krieg, Unterdrückung und Verfolgung. Andere, die auf ein sicheres Leben hoffen, sind bereits angekommen, auch bei uns in Deutschland. Viele von ihnen engagieren sich. Ihre Ziele: Know-how und persönliche Erfahrungen weitergeben, die eigene Lebenssituation aktiv gestalten oder zur Stabilisierung der Situation im Ursprungsland beitragen.

Wer ist besser in der Lage, politische, kulturelle und religiöse Zusammenhänge in den Herkunfts- und Fluchtgebieten einzuordnen als die Menschen mit Fluchterfahrung selbst? Viele Städte und Gemeinden haben das erkannt. Sie nutzen die wertvolle Expertise der Geflüchteten und handeln gemeinsam mit ihnen. An dieser Stelle knüpft Engagement Global mit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt an: Durch Impulse, Begleitung bei der Durchführung von Projekten und Informationen zu Fördermöglichkeiten.

Sehr gerne unterstützen wir auch Sie. Dieses Dossier bietet Ihnen Einblicke in gelebte kommunale Entwicklungspolitik: vom Austausch individueller Bedarfe und Angebote zwischen Neuangekommenen und Alteingesessenen im Landkreis Ravensburg über eine deutsch-türkische Partnerschaft und ihren Weg hin zu einem Begegnungsort für syrische Frauen bis zum Münchner Projekt „Coming home“, das Geflüchtete mit Rückkehrwunsch unterstützt.

Übrigens: Aktuell begleiten wir insbesondere Vorhaben zu Projektentwicklung, Qualifizierung und Vernetzung in oder für Nahost. Wir freuen uns auf Ihre Ideen!

Ich wünsche Ihnen eine inspirierende Lektüre.

Mit besten Grüßen

Ihr
Dr. Jens Kreuter

- 3 Voneinander lernen und profitieren**
Kommunen unterstützen Geflüchtete –
Geflüchtete unterstützen Kommunen
Kevin Borchers und Jennifer Ichikawa
- 6 Nahost: Partnerschaften entwickeln**
Flüchtlingsaufnehmende Kommunen in
Jordanien tauschen sich mit deutschen
Städten aus
Angela König und Wencke Müller
- 8 „Wir leben nicht auf Inseln“**
Interview mit Mustafa Dedekeloglu und
David Linse, Mannheim
- 12 Vier Gemeinden in der Einen Welt**
Vernetzungsforum legte Grundstein für
gemeinsame Ideen und Projekte
Christine Rohrer
- 14 Zurück ins Herkunftsland?**
Das Münchner Projekt „Coming Home“
bietet Geflüchteten Hilfe bei der
Rückkehr und Reintegration
Marion Lich
- 16 Gemeinsam Bildungsarbeit gestalten**
Ein Pilotprojekt will alteingesessene
Bürger, migrantische Organisationen
und Geflüchtete in Kontakt bringen
Christine Rohrer
- 18 Fellbacher Fluchtgeschichten**
Austausch über Generationengrenzen
hinweg ermöglicht gegenseitiges
Verständnis
Cathy Nzimbu Mpanu-Mpanu-Plato
- 20 Engagement im und für den Nordirak**
Die Rolle von Geflüchteten und Zu-
rückgekehrten beim Wiederaufbau
in Irakisch-Kurdistan
Uwe Hunger und Menderes Candan
- 22 Engagement möglich machen**
Finanzielle und personelle
Unterstützung für kommunale
Entwicklungspolitik

Voneinander lernen und profitieren

Kommunen unterstützen Geflüchtete – Geflüchtete unterstützen Kommunen



Foto: Dominik Schmitz

In der Zusammenarbeit gilt es, die Selbstbestimmung aller Beteiligten zu respektieren.

| Kevin Borchers und Jennifer Ichikawa
Menschen, die gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen, müssen untergebracht und medizinisch versorgt werden. Es muss ihnen ermöglicht werden, in Deutschland wirklich anzukommen. Doch nicht nur die Aufgabe der Integration von Geflüchteten beschäftigt Mitarbeitende der kommunalen Verwaltung: Es gibt auch Ansätze, Flucht als Thema und Geflüchtete als Akteure mit der kommunalen Entwicklungspolitik

zu verbinden. „Flucht“ und „Entwicklungspolitik“ zusammenzudenken ist noch recht neu, lohnt sich jedoch.

Die Fluchtthematik erfährt derzeit viel Aufmerksamkeit, der Zusammenhang mit Entwicklung aber wird meist nicht unmittelbar gesehen. Der Diskurs über den Zuzug von Geflüchteten nach Deutschland war lange von Diskussionen zu Integration und interkulturellem Dialog sowie vom Aufbau einer sogenannten Willkommenskultur bestimmt. Geflüchtete selbst oder Menschen, die sich hier irregulär aufhalten, wurden in diese Diskurse nur am Rande einbezogen. Der Blick auf sie ist nicht ein Blick auf Akteure, son-

dern auf Objekte von Maßnahmen, Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe oder abzuschiebende Irreguläre. Noch immer bleiben deshalb die zahlreichen Aktivitäten und Fähigkeiten von Geflüchteten nahezu unsichtbar. Ein anderer Blick auf Geflüchtete kann dazu beitragen, paternalistische Sichtweisen zu überwinden und sie als eigenständige Akteure zu begreifen, die wertvoll für die Entwicklung ihrer Herkunftsländer, aber ebenso für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit in Deutschland sein können.

Viele Menschen aus Ländern wie Somalia, Eritrea, Afghanistan oder Syrien sorgen nach ihrer eigenen Abwanderung mit Geldüber-

weisungen für das Überleben ihrer noch in den Konfliktregionen ausharrenden Familien oder bringen Familienmitglieder in Sicherheit. Das wird jedoch gesellschaftlich wenig wahrgenommen. Greifbarer machen das Engagement von Geflüchteten Initiativen wie ein loser Zusammenschluss kurdischer Studierender aus dem Irak: Die in Deutschland lebenden Studentinnen und Studenten organisieren sich über eine Facebook-Gruppe und unterstützen den Nordirak bei der Aufnahme und Versorgung von Landsleuten, die vor dem Islamischen Staat oder der irakischen Regierung fliehen. Einige der Studierenden haben Teile ihrer Semesterferien im Nordirak verbracht und dort Essen oder Medikamente an Geflüchtete verteilt.

Ein anderes Beispiel ist das Projekt Weki Eritrea: Familie Anday floh Mitte der 1980er Jahre aus Eritrea nach Deutschland und baute sich in der schwäbischen Kleinstadt Ehingen ein neues Leben auf. Seit inzwischen mehr als 15 Jahren setzt sie sich von dort aus für eine Verbesserung der Lebensbedingungen von Kriegswitwen und ihren Familien in ihrem Heimatland ein. Aus dem privaten Engagement erwuchs über die Jahre eine große Initiative, in der auch die Stadt Ehingen sowie verschiedene zivilgesellschaftliche Akteure mitwirken.

| Felder entwicklungspolitischen Engagements von Geflüchteten

Wenn Geflüchtete sich engagieren, stehen am Anfang kleinere Aktionen wie Hilfstransporte oder die Überweisung verhältnismäßig geringer Beträge. Doch das Engagement kann ein langfristiges und nachhaltiges werden: Über private Hilfsaktionen hinaus gibt es entwicklungspolitische Felder, in denen Geflüchtete aktiv werden können oder bereits aktiv sind. Im Grunde handelt es sich dabei um dieselben Formen, in denen sich schon länger in Deutschland lebende Migrantinnen und Migranten für die Menschen in ihren Herkunftsländern einsetzen: Sie überweisen Geld in ihre Heimat oder führen dort entwicklungspolitische Projekte durch. Ansätze und Strategien dazu werden seit Jahren mit dem Begriffspaar „Migration und

Foto: Dominik Schmitz



Entwicklung“ zusammengefasst. Inzwischen jedoch wird dieser Bereich um Flucht als Thema und Geflüchtete als Akteursgruppe erweitert.

Hervorzuheben sind entwicklungspolitische Projekte in Bereichen wie Bildung, Gesundheit oder wirtschaftliche Zusammenarbeit. Um ein solches Projekt von Deutschland aus zu realisieren, braucht es Zugang zu Fördermitteln und Kenntnisse, wie es geplant, realisiert und begleitet werden kann. Das dafür nötige Wissen haben viele Geflüchtete nicht. Hier können Kommunen unterstützend wirken, indem sie Infrastruktur zur Verfügung stellen und Weiterbildungen ermöglichen, etwa zum Vereinswesen oder zur Mittelakquise.

Ein weiteres Feld ist die entwicklungspolitische Bildungsarbeit. Häufig referieren nicht Geflüchtete selbst, sondern andere über Fluchtursachen und die Situation in Herkunft- und Transitländern. Das können Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler oder Vertreterinnen und Vertreter deutscher Menschenrechts- und Entwicklungsorganisationen sein, die selbst keine Fluchterfahrung haben. Wenn Geflüchtete zu solchen Diskussionen eingeladen sind, geschieht das selten, weil ihre Expertise gefragt ist. Meist beschränkt sich ihre Rolle auf die von Augenzeuginnen und -zeugen. Hier können Kom-

Diskussion bei einer Veranstaltung der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt 2016 in Nürnberg. Thema ist „Flucht und Geflüchtete als Akteure der kommunalen Entwicklungspolitik“.

munen das Engagement von Geflüchteten stärken und unterstützen, indem sie dafür Sorge tragen, entsprechende Veranstaltungen so zu gestalten, dass Geflüchtete selbst referieren.

Geldtransfers sind ein drittes Feld entwicklungspolitischen Engagements. Geflüchtete schicken häufig sogar schon Geld in ihre Herkunftsländer, wenn sie sich noch im Anerkennungsverfahren befinden und über sehr beschränkte Mittel verfügen. Von denen transferieren sie ein paar Euro auf möglichst kostengünstige Weise – oftmals auf informellen Wegen – in die Herkunftsländer. Diese Wege sind unsicher. Auch dieses Thema könnte die kommunale Entwicklungspolitik aufgreifen und über sichere und formelle Transfermöglichkeiten informieren.

Eine gewisse Stabilität in den Herkunftsländern vorausgesetzt, kann auch die Rückkehr von Geflüchteten entwicklungspolitisch wirksam sein. Die Vergangenheit zeigt, dass sich Zurückgekehrte häufig in erheblichem Maße am Wiederaufbau beteiligen. Das kann



von deutscher Seite aus frühzeitig unterstützt werden, indem Kommunen Menschen, die in ihre Heimatländer ausreisen wollen, Maßnahmen zur Qualifizierung anbieten und sowohl den Aufbau einer neuen Existenz als auch entwicklungspolitische Projekte finanziell unterstützen.

| Flucht und Entwicklung kommunal zusammenführen

Geflüchtete engagieren sich sowohl im In- als auch im Ausland. Wird beides gefördert, bringt das die Unterstützung von Geflüchteten in Kommunen und entwicklungspolitische Aktivitäten miteinander in Verbindung. Verschiedene Maßnahmen bieten sich dafür an:

- Vor einer konkreten Zusammenarbeit zu entwicklungspolitischen Themen sollten in jedem Fall Dialog, gegenseitiges Kennenlernen und Akzeptanz aller Akteure untereinander stehen. Das lehrt die jahrelange Zusammenarbeit zwischen Kommunen und migrantischen Organisationen. Durch die Einrichtung **regelmäßiger Dialogplattformen**, die über einen Welcome Day hinausgehen, können Kommunen einen solchen Prozess unterstützen. In seinem Verlauf kann sich die Wahrnehmung von Geflüchteten verändern, sodass sie nicht mehr als

bloße Hilfeempfangende, sondern als eigenständige Akteure gesehen werden.

- Ein Rahmen für die konkrete Zusammenarbeit von Kommunen, Geflüchteten und nichtstaatlichen Organisationen ist die **entwicklungspolitische Bildungsarbeit**. Für das Zusammenleben in der Kommune ist es zentral, dass sich die Bürgerinnen und Bürger aktiv mit Fluchtursachen und der Lage in den Heimatländern der Geflüchteten auseinandersetzen. Veranstaltungen wie Ausstellungen, Lesungen, Konzerte oder Film- und Theaterprojekte können für das Thema Flucht und die Situation von Geflüchteten sensibilisieren.
- Als Basis für einen entwicklungspolitischen Dialog können **Partnerschaften mit Kommunen, aus denen die Geflüchteten stammen**, genutzt werden. Kommunen und (Partnerschafts-)Vereine können gemeinsam mit Geflüchteten solche Partnerschaften initiieren oder vertiefen und konkrete Aktivitäten planen, die zur Verbesserung der Situation in den Herkunftsländern der Geflüchteten beitragen. Gleiches gilt für Partnerschaften mit Kommunen, die in Transitländern entlang der Fluchtrouten liegen.
- Um die Zusammenarbeit vor Ort zu festigen, bedarf es Schlüsselpersonen sowie Multipli-

Kommunen können das Engagement von Geflüchteten unterstützen, indem sie deren Potenzialen Raum zur Entfaltung geben.

katorinnen und Multiplikatoren aus allen Akteursgruppen. Das können neben Geflüchteten auch Personen aus der Kommunalverwaltung, Sprach- und Kulturvermittelnde, Integrationslotsinnen und -lotsen oder Mitglieder von migrantischen Organisationen sein. Die Kommune kann unterstützend wirken, indem sie den eigenen Mitarbeitenden sowie externen Akteuren **Qualifizierungsangebote** bietet. Hierzu zählen vor allem Seminare zur interkulturellen Öffnung von Behörden, zu Antidiskriminierungsarbeit oder zum Projektmanagement.

- Entwicklungspolitisch Engagierte in den Kommunen können Geflüchtete in ihre Institutionen und Organisationen stärker einbeziehen. Kommunalverwaltungen können mit Blick auf den Wiederaufbau in Herkunftsländern **Praktika in Verwaltungsstellen** ermöglichen. Denn für die Zukunft eines von Krieg zerstörten Landes ist es wichtig, funktionierende Kommunalverwaltungen einzurichten.

Viele Aktivitäten, die Flucht als Thema und Geflüchtete als Akteure mit der kommunalen Entwicklungspolitik verknüpfen, sind gerade erst gestartet. Im Laufe der Zeit werden sie sich etablieren und sichtbar sein. Das kann unter Umständen dauern, doch der Prozess dahin ist gelebte Integration – er verbessert den Zusammenhalt in den Städten und Gemeinden. Überdies wird die entwicklungspolitische In- und Auslandsarbeit der Kommunen nachhaltig gestärkt. | |



Jennifer Ichikawa
ist Projektleiterin „Migration und Entwicklung, Schwerpunkt Flucht“ der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global.



Kevin Borchers
ist Projektleiter „Migration und Entwicklung auf kommunaler Ebene“ der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global.

Nahost: Partnerschaften entwickeln

Flüchtlingsaufnehmende Kommunen in Jordanien tauschen sich mit deutschen Städten aus

| Angela König und Wencke Müller

Es fehlt an bezahlbarem Wohnraum, an Infrastruktur für Abwasser- und Abfallentsorgung oder an ausreichenden Sozial- und Bildungsangeboten. Arbeitslosigkeit und hohe Lebenshaltungskosten stellen Stadtverwaltungen von Erstaufnahmeländern rund um Syrien vor die Aufgabe, regionale Wirtschaftsprozesse stärker zu fördern. Beispiel Jordanien: Hier muss sich viel bewegen. Nicht zuletzt bei der Entsorgung von Abfall.

Im Jahr 2016 waren über 65 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht. So viele wie noch nie zuvor. Die meisten Geflüchteten und Binnenvertriebenen kommen aus Syrien. Mit etwa zwölf Millionen Menschen ist das nahezu die Hälfte der syrischen Bevölkerung. Mehr als ein Drittel von ihnen sucht Schutz in den benachbarten Ländern Jordanien, Libanon und der Türkei. Dort leben sie meist nicht in Flüchtlingslagern, sondern direkt in den Kommunen. Dabei waren die Infrastrukturen vieler Städte und Gemeinden dieser Region bereits vor Beginn des syrischen Bürgerkrieges und dem hohen Bevölkerungszuwachs in unzureichendem Zustand.

| Was tun mit dem Abfall?

Die gestiegene Nachfrage nach Wohnraum hat zur Errichtung neuer Viertel geführt. Straßen wurden gebaut, die diese Viertel an bestehende Strukturen anbinden, Laternen in Betrieb genommen, die die neuen Straßen beleuchten. Über dieses Wegenetz rollt die Müllabfuhr, doch leider viel zu selten. Das, was weg soll, stapelt sich oft in den städtischen Zentren. Vielerorts hat sich der Abfall beinahe verdoppelt. Das ohnehin schwierige tägliche Leben wird für Einheimische und Geflüchtete noch unerträglicher durch die Vermüllung der Stadtteile und die damit einhergehenden gesundheitlichen Risiken.

So auch in Deir Alla, einer Stadt im Jordanien mit einer Bevölkerung von 65.000 Men-

schen. Wie kann der Abfall entsorgt und verwertet werden? Die Verwaltung der mittelgroßen Stadt ist entschlossen, diese elementare Aufgabe zu bewältigen, und arbeitet zurzeit an innovativen Ansätzen. „Wir wollen einen Marketingplan für die Abfallwirtschaft erarbeiten und somit auch die Wirtschaftsförderung vorantreiben“, sagt die Ingenieurin Amal Al-Haourat, Leiterin der Abteilung „Kommunale Entwicklung“. Im März 2017 nahm sie zusammen mit weiteren Mitarbeitenden jordanischer Kommunen und Ministerien an einer Studienreise nach Nordrhein-Westfalen teil. Alles kreiste um die Frage: Wie kann die Abfallentsorgung verbessert werden?

Die Gäste tauschten sich mit deutschen Expertinnen und Experten kommunaler Unternehmen aus, besuchten mehrere Abfallwirtschaftsbetriebe. Dann wurde es konkret: Gemeinsam planten sie Projekte, die an den Problemen der Städte und Gemeinden ansetzen. Der Workshop wurde im Rahmen der Initiative „Kommunales Know-how für Nahost“ organisiert.

Initiative „Kommunales Know-how für Nahost“

Zahlreiche deutsche Kommunen verfügen über Wissen und Erfahrungen, die vor Ort gebraucht werden. Deswegen hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) ein Programm aufgelegt, das die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Aufnahmekommunen in Jordanien, im Libanon und in der Türkei und deutschen Kommunen fördert. Die Initiative wird von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global gemeinsam mit der Internationalen Städteplattform „Connective Cities“ umgesetzt (siehe S. 22).

Weitere Informationen:
www.initiative-nahost.de

Foto: GIZ/Abu Shaqra



Wie kann die Abfallentsorgung verbessert werden? Mitarbeitende kommunaler Abfallbetriebe suchen im Mai 2017 im jordanischen Jerash nach Lösungen.

| Dezentralisierung: Eigene Wege gehen

Rund 6000 syrische Geflüchtete leben in Deir Alla. Amal Al-Haourat bindet sie mit ein: „Bei der Erarbeitung des Plans wollen wir eng mit allen Menschen aus der Bevölkerung kooperieren und sie aktiv zu Beteiligten in dem Prozess machen.“ Durch die Teilnahme an Befragungen können die Menschen sich von Anfang an in den Prozess hin zu Mülltrennung und -sammmlung einbringen. Unterstützung erhält Deir Alla fortan von Fachleuten aus Deutschland. Unter ihnen der Betrieb Kommunalservice Jena, der bei der Verbesserung der lokalen Abfallwirtschaftsplanung beratend zur Seite steht. Deir Alla und Jena bereiten zurzeit erste Schritte für ein Partnerschaftsprojekt vor. „Die Erfahrung der deutschen Kommunen ist sehr hilfreich. Es ist interessant zu sehen, wie dieser Prozess hier funktioniert und wie unabhängig Kommunen in ihren Entscheidungen sind“, sagte Amal Al-Haourat während ihres Besuchs.

In Jordanien waren die Kommunen bisher äußerst abhängig von der Zentralregierung in Amman. Seit einigen Jahren gibt es jedoch einen Prozess der Dezentralisierung. Wie sich Stadtverwaltungen zusammensetzen und für

Deutsche Expertinnen und Experten der Abfallwirtschaft besuchen im Mai 2017 die Kompostierungsanlage in Deir Alla, Jordanien.



Foto: Engagement Global/Wencke Müller

was sie zuständig sind, regelt eine Gesetzesänderung aus dem Jahr 2015 neu. Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Stadträte haben mehr Kompetenzen als zuvor. Müllabfuhr, Straßenbau, Ausweitung und Pflege öffentlicher Grünanlagen – all das verantworten Kommunen seither selbst. Viele Städte und Gemeinden lernen erst noch, wie sie diese neuen Aufgaben gestalten können.

Die Kommunen sollen sich auch explizit für mehr Arbeitsplätze und wirtschaftliche Entwicklung engagieren. Zu diesem Zweck können sie eigene städtische Betriebe gründen. Wie bisher schon dürfen sie mit der Privatwirtschaft und der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten. Einige Kommunen, die Geflüchtete aufnehmen, haben so bereits mit internationaler Hilfe ihre Fuhrparks für den Abtransport von Müll vergrößert. Aber das ist nur die halbe Miete: Die Müllfahrzeuge können häufig nicht effektiv und effizient eingesetzt werden, weil technisches Wissen zur Instandhaltung fehlt. Besonders Betriebshöfe benötigen deshalb Unterstützung bei Fortbildungen ihrer Mitarbeitenden oder bei der Strategieentwicklung.

| Aussichten auf baldige Rückkehr gering

Die jordanische Gesellschaft und die Regierung haben sich darauf eingestellt, dass die Menschen aus Syrien lange in ihrem Land bleiben werden. Nach dem Beginn des syri-

schen Bürgerkriegs im Jahr 2011 stieg die Einwohnerzahl in Jordanien von knapp 7,5 Millionen auf etwa 9,5 Millionen. Rund ein Drittel der Bevölkerung war zum Stichtag einer Volkszählung 2015 aus dem Ausland, fast die Hälfte hiervon aus Syrien. Der Großteil der Syrerinnen und Syrer lebt in der Hauptstadt Amman und den nördlichen Provinzen nahe der syrischen Grenze. Dort gibt es in einigen Kommunen mittlerweile mehr Menschen aus Syrien als jordanische Staatsbürger.

Ein Beispiel hierfür ist Irbid, die zweitgrößte Stadt Jordaniens. Eine neue Abfallsortieranlage soll dort die angespannte Situation für die knapp 1,8 Millionen Menschen entlasten. „Über diese Entwicklung freue ich mich sehr“, sagt Herman-Josef Ostlender, Abteilungsleiter des Kundenservices bei der AWA Entsorgung GmbH Eschweiler. Ostlender war bereits zweimal im Rahmen der Nahost-Initiative in Jordanien. „Neben der Beratung von Großprojekten wie der Einrichtung einer Abfallsortierstation möchte ich auch an der Umsetzung kleinerer Projekte mitwirken. Zum Beispiel an einem Abfallprojekt einer Schule.“

Ebenso wie Jordanien sehen sich der Libanon und die Türkei gewaltigen Aufgaben gegenüber. Während jordanische und libanesisch-aufnahmekommunen besonders großen

Bedarf haben, die kommunale Daseinsvorsorge und die öffentlichen Dienstleistungen zu verbessern, stehen türkische vor großen Anforderungen in den Bereichen Bildung und Integration. Den Ländern ist gemein, dass sie den Großteil der Geflüchteten aus Syrien aufgenommen haben. Die Hauptlast dessen tragen die Kommunen. Partnerschaftliche Zusammenarbeit stärkt sie – in Form von Fachaustausch und Unterstützung, die von deutschen Kommunen kommen kann. Dabei muss nicht immer groß gedacht werden, wie Herman-Josef Ostlender weiß: „Kleine Projekte sind enorm wichtig, um kurzfristig Erfolge sichtbar zu machen.“



Angela König
ist Projektleiterin „Initiative Kommunales Know-how für Nahost“ der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global.



Wencke Müller
ist Projektleiterin „Kommunale Partnerschaften Nahost“ der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global.

„Wir leben nicht auf Inseln“

Interview mit Mustafa Dedekeloglu und David Linse, Mannheim

Mindestens sechs Millionen Syrerinnen und Syrer haben während des seit 2011 herrschenden Krieges ihr Land verlassen. Die wichtigsten Erstaufnahmeländer sind die drei Nachbarstaaten Syriens: Jordanien, Libanon und die Türkei. Ein großer Teil der Geflüchteten lebt dort in Kommunen und Gemeinden. Die Bundesregierung hat daher 2016 die Initiative „Kommunales Know-how für Nahost“ ins Leben gerufen: Deutsche Kommunen arbeiten mit Aufnahmekommunen syrischer Geflüchteter zusammen. So auch Mannheim mit dem türkischen Kilis in der Region Südostanatolien, etwa zehn Kilometer nördlich der syrischen Grenze.

Sie bauen gerade eine Projektpartnerschaft zwischen Mannheim und Kilis in der Türkei auf. Wie kam es dazu?

Mustafa Dedekeloglu: Wir haben gesagt, wir sehen, dass wir hier im lokalen Bereich Unterstützung und Hilfe für Flüchtlinge anbieten können. Warum nicht auch vor Ort? Mit dieser Idee sind wir zur Stadt Mannheim. Dort wurde uns über kommunale Partnerschaften berichtet. Kilis ist meine Heimatstadt.

Hinter der Initiative der Bundesregierung „Kommunales Know-how für Nahost“ steckt auch, dass Geflüchtete nicht hierher nach Deutschland kommen müssen, sondern direkt vor Ort und in den benachbarten Ländern Unterstützung erfahren. Was halten Sie davon?

Dedekeloglu: Kilis und die syrischen Nachbarstädte liegen in einer Region. Die Kultur ist ähnlich, die Sprache ist oft ähnlich, die Religion ist die gleiche. Und viele Menschen dort haben Verwandte in der Türkei oder in Syrien. Wenn sie nach Europa kämen, wäre es ganz schwierig: mit der Integration, mit der Anerkennung, mit den Erlebnissen, die sie mitbringen. Es wäre ja eine Trennung von dem Ort. Bleiben sie hingegen in der Region, können sie sich weiterhin zugehörig fühlen. In Anbetracht dessen ist es wichtig, dass man sie dort unterbringt. Allerdings mit Unterstützung.



Foto: Duha e.V./Ayşe Özkan

Mustafa Dedekeloglu ist Mitglied im „Arbeitskreis Islamischer Gemeinden Mannheim“ (AKIG) und Leiter des Duha e.V. – Verein für soziale Dienste.



Foto: Stadt Mannheim

David Linse leitet den Fachbereich „Vielfalt, Internationales und Protokoll“ der Stadt Mannheim.

Wie kommt es, dass Sie die Stadt Mannheim zu Ihrem Vorhaben dazugeholt haben?

Dedekeloglu: Wir möchten Flüchtlingen helfen. Die Stadt Mannheim möchte das auch. Die Interessen sind gleich.

Sind kommunale Strukturen nicht sehr behäbig und langsam, erfordern zum Beispiel zähes Antrageschreiben?

Dedekeloglu: Das stimmt. [lacht] Es hat Vor- und Nachteile: Der Prozess kann sich verlängern. Warum? Wenn wir als AKIG sagen, wir möchten Hilfsaktionen starten,

ist es ganz einfach: Wir öffnen ein Konto, machen Werbung und mit dem gesammelten Geld können wir dann helfen. Wir haben 700.000 Euro hier vor Ort für unsere Nachbarn gesammelt, für in Mannheim lebende Flüchtlinge. Das ging ohne viel Bürokratie, ohne Hin- und Herrennen. Wenn zwei Kommunen aus zwei verschiedenen Ländern unter der heutigen politischen Atmosphäre etwas gemeinsam machen, läuft es viel vorsichtiger. Allein schon die Vorplanung ist lang. Dabei brauchen die Menschen in Kilis unsere Hilfe nicht erst in einem Jahr, sondern viele davon akut.

Und was sind dann die Vorteile einer Projektpartnerschaft gemeinsam mit Mannheim?

Dedekeloglu: Man hat eine starke Rücken- deckung. Zwei Städte sind beteiligt, in zwei verschiedenen Ländern. Sowohl hier als auch dort macht das die Arbeit leichter.

David Linse: Wir ergänzen uns gut. Der AKIG hat sehr persönliche Zugänge zu den Strukturen vor Ort. Und wir als Verwaltung haben ein ganz gutes Know-how, Erfahrung darin, wie man ein Projekt zur Entwicklungszusammenarbeit aufsetzt.

Mittlerweile gibt es in Kilis mehr Geflüchtete als Einheimische. Leben sie vor allem in der Stadt oder in Lagern?

Dedekeloglu: Entweder in die Stadt integriert oder in Lagern.

Linse: Es gibt ein großes Flüchtlingslager am Stadtrand, unmittelbar an der Grenze zu Syrien. Ein Drittel oder ein Viertel der Flüchtlinge lebt dort.

Dedekeloglu: Man redet ja von einer Stadt mit knapp 100.000 Einwohnern und rund 130.000 Gästen. Es ist wie ein Eisbergmodell: Man sieht oft nur den oberen Teil.

Was ist denn der obere Teil?

Dedekeloglu: Die Probleme sind wenige, aber auch die Erfolge. Man erkennt nur die

Eine Mitarbeiterin der Stadt Kilis informiert die türkisch-deutsche Delegation über bestehende Angebote für geflüchtete syrische Frauen.



Foto: Stadt Mannheim

Probleme, die durch die Medien geistern. Tiefergehende Probleme sind im ersten Augenblick nicht erkennbar. Der Oberbürgermeister sagt, pro Bewohner haben wir etwas mehr als einen Quadratmeter zur Verfügung. Das bedeutet: Wenn da eine freie Fläche ist, kann man sich eigentlich nicht hinsetzen, man sollte stehen bleiben. Das ist etwas von dem, was man nicht sieht. Oder die Wasserversorgung: Wir haben in Südostanatolien kaum Wasser. Ich kenne das aus meiner Kindheit. Und damals lebten weitaus weniger Menschen in Kilis. Es ist eine trockene Region. Wo viele Menschen sind, fällt außerdem viel Müll an und muss entsorgt werden. Auch die Bildung von Parallelgesellschaften, die über Jahre hinweg entstehen, ist im ersten Moment nicht ersichtlich. Die Thematik ist in beide Richtungen, sowohl bezüglich der Probleme als auch bezüglich der Erfolge, tiefgreifender, als man im ersten Augenblick annimmt. Auch viele der Erfolge sieht man bei oberflächlicher Betrachtung nicht.

Wieso das?

Erfolge beginnen meist im Kleinen und in den Köpfen der Menschen. In den Medien sind meist nur große Aktionen sichtbar. Dinge wie Nachbarschaftshilfe zeigen sie nicht, aber genau da werden Werte geschaffen, die später ganze Generationen und deren Handeln prägen.

Unterm Wasser verstecken sich also viele Problemfelder, aber auch Erfolge: die kleinen Dinge, die Menschen zum Umdenken anregen und dann eine ganze Stadt zum Helfen und Unterstützen motivieren können. Auch Leistungen auf kommunaler Ebene, von der Stadtverwaltung, vom Gouverneursamt, Handlungen von Einzelnen, von Verbänden und Vereinen sind meist nicht medienwirksam. Sie bleiben quasi unter Wasser, ohne Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit, auch wenn sie wirksam sind. Ein Beispiel hierfür ist eine Aktion am Weltfrauentag 2016: Auf eine 15 Meter lange Einladung von 2981 geflüchteten Frauen hin traf sich Bundeskanzlerin Angela Merkel mit den Frauen, aus Sicherheitsgründen in Gaziantep, 60 Kilometer von Kilis entfernt.

Diese Aktion wurde in den deutschen Medien kaum beachtet.

Linse: Die Stadt Kilis hat sich praktisch verdoppelt. Sie brauchen von allem, was die kommunale Infrastruktur ausmacht, eine Verdoppelung. Der Bedarf der geflüchteten Menschen reicht dabei über das rein Technisch-Infrastrukturelle hinaus: Qualifikation, Beschäftigungsmöglichkeiten, Kinderbetreuung... Es genügt ja nicht, die Geflüchteten nur zu versorgen, sondern die Frage ist auch: Welche mittel- und langfristigen Perspektiven haben sie?

Dedekeloglu: Vor allem die geflüchteten Frauen. Die haben den Mann verloren, kommen mit Kind. Ihnen ein neues Leben zu ermöglichen, einen Beschäftigungsort zu bieten...

Da setzt Ihr Projekt an?

Dedekeloglu: Wir wollen ein Haus sanieren. Und uns engagieren für den Umbau zu einem Multi-Service-Zentrum. Die Idee ist, dass man geflüchtete Frauen und ihre Kinder mit Einheimischen zusammenbringt. Einen Begegnungsort zu schaffen, wo sie sich gegenseitig kennenlernen und in verschiedenen Bereichen ausbilden lassen können. Auch die Kinder sollen betreut werden. Die Stadt Kilis hat bisher acht solcher Einrichtungen. Ein Erfolg. Doch der Bedarf ist riesig. So kam die Idee: Wieso können wir so etwas nicht auch starten?

Mannheim hat keine Erfahrung mit einem solch großen Ansturm von Geflüchteten.

Inwiefern können Sie da wirklich zur Stabilisierung beitragen?

Linse: Sie haben natürlich völlig recht: Diese Situation in Kilis ist außergewöhnlich. Wenn man sich das übertragen vorstellt, bedeutet das, in Mannheim würden ungefähr 400.000 Flüchtlinge leben. Ich möchte mir gar nicht ausmalen, welche politischen Diskussionen wir dann hätten. Wir haben aber Erfahrungen als Landeserstaufnahmestadt. Und wir verstehen uns ja als Projektpartner, nicht als Projektleiter. Was wir einbringen können, sind Erfahrungen in der Erbringung von Dienstleistungen. Das kann die klassische kommunale Daseinsvorsorge sein. Aber auch Bildung, Qualifizierung, Kinderbetreuung sind Aufgaben einer Kommune. Der Mehrwert entsteht dadurch, dass beide Akteure in dem Projekt zusammenarbeiten.

Kann Kilis auch nach Mannheim zurückwirken?

Dedekeloglu: Ja, zum Beispiel, was Handwerksarbeit betrifft. Die geflüchteten Frauen können selbst etwas produzieren, das man von dort hierher bringt. Die Bürger, die hier leben, unterstützen durch den Einkauf dieser Waren die Geflüchteten in der Türkei.

2016 hat das Projekt angefangen. Was ist seither passiert?

Dedekeloglu: Meine Aufgabe war, Kontakt mit der Stadt Kilis aufzunehmen. Die Kennenlernphase war extrem schwierig.

Die Oberbürgermeister aus Mannheim und Kilis lernen sich kennen: Peter Kurz (rechts im Bild) überreicht Hasan Kara ein Gastgeschenk.

Am 15. Juli 2016 ist in der Türkei ein Putsch versucht worden. Kurz danach bin ich hingeflogen. Ich habe keinen Ansprechpartner gefunden, obwohl ich aus Kilis komme. Die Menschen waren vorsichtig. Erst nach ein paar Monaten waren wir erfolgreich. Seitdem gab es viele Gespräche.

Linse: Bislang läuft es recht gut. Beim Kleinprojektfonds der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt haben wir einen Antrag zur Finanzierung der Reise gestellt. Wir haben Gespräche mit den Verantwortlichen in Kilis, aber auch mit dem Innenministerium, dem Bildungsministerium und der Deutschen Botschaft geführt. Sehr frühzeitig haben wir das Türkische Generalkonsulat in Karlsruhe informiert. Ich denke, dass die Flankierung über politische Kontakte für den langfristigen Erfolg solcher Projekte sehr wichtig ist.

Dedekeloglu: Beim Gegenbesuch im Mai 2017 haben wir der Delegation aus Kilis viele Seiten unserer Stadt gezeigt.

Sie haben es schon angesprochen: Inwiefern spielt die politische Lage in der Türkei und zwischen der Türkei und Deutschland eine Rolle?

Dedekeloglu: Die Situation in Kilis war vor eineinhalb Jahren ganz schwierig. Denn die syrische Seite der türkisch-syrischen Grenze war vom Islamischen Staat belagert und Kilis durch seine Nähe zur Grenze ständig von Angriffen bedroht. Die Situation war prekär für die dort lebenden Menschen, viele dachten daran, wegzuziehen. Inzwischen herrscht dort wieder Sicherheit. Aber dass die politische Lage zwischen der Türkei und Deutschland schwierig ist, habe ich in Bezug auf dieses Projekt bisher überhaupt nicht gespürt.

Im März fand Ihre fünftägige Reise in die Türkei statt. Mit welchem Gefühl sind Sie dort hingeflogen, mit welchem zurückgekehrt?

Dedekeloglu: Ich bin mit einem guten Gefühl hingeflogen, aber auch mit Befürchtungen. Man geht in eine Grauzone, nahe Kilis ist Kriegsgebiet. Man hat nicht Angst um sich selbst, sondern eigentlich um die ande-



Foto: Stadt Mannheim, Thomas Tröster

ren. Ob alles gut geht oder nicht. Aber es hat gut funktioniert. Wir sind nirgendwo von der Polizei angehalten worden. Wir hatten keine Schwierigkeiten, keine Kontrollen.

Wie wurden Sie empfangen?

Linse: Ich war sehr beeindruckt von der Offenheit, mit der man uns empfangen hat. Es war ja gerade die Hochphase der Auseinandersetzung zwischen der Türkei und Deutschland. Die Tatsache, dass es die auf nationaler Ebene gibt, soll in keiner Weise dieses kommunale Kooperationsprojekt beeinträchtigen – das haben alle unsere Gesprächspartner gesagt.

Dedekeloglu: Man hat gespürt, dass es neben den offiziellen Konfliktlinien der großen Politik eine feste Verbundenheit zwischen Deutschland und der Türkei gibt. Das ist ein Boden, auf dem sich etwas Gutes entwickeln kann.

Gab es im bisherigen Verlauf des Projekts Überraschendes?

Dedekeloglu: Als wir uns im März für Reisevorbereitungen getroffen haben, war es plötzlich unklar, wann wir nach Kilis fliegen. Es sollte erst vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung entschieden werden, ob wir fliegen dürfen. Wir reden von einem Projekt der Bundesregierung: Hilfe für den

Nahen Osten. Wenn Kommunen wie die Stadt Mannheim dann sagen, ja, wir sind bereit, wir wollen helfen, wird gesagt: Erst mal abwarten. Abwarten, weil es dort ein unsicherer Ort ist. Aber das weiß man doch von Anfang an! Deshalb wollen wir doch diese Hilfe hinbringen. Das ist ein Widerspruch in sich. Herr Linse hat das Ministerium angerufen und über eine Stunde geredet. An dem Tag noch wurde entschieden, dass wir in der Woche fliegen. Das hat mich sehr überrascht. Und mir gezeigt, dass die Stadt Mannheim das Projekt unbedingt will.

Linse: Dass in einer Stadt mehr Flüchtlinge als Einwohner leben, gibt es nirgendwo in Deutschland oder Westeuropa. Und dann führen wir ein Gespräch mit dem Bürgermeister von Kilis und seine Aussage lautet: „Wir wollen, dass die Flüchtlinge bei uns bleiben, wollen ihnen gute Perspektiven geben.“ Das muss man sich mal vorstellen! Hierzulande gibt es ja den umgekehrten Diskurs: Wir müssen die Grenzen schließen, wir müssen Fluchtursachen bekämpfen. In Kilis existiert ein Wettbewerb um Wohnraum und Arbeitsplätze. Dass der Bürgermeister trotzdem diesen Ansatz hat, hat mich nicht nur überrascht, sondern beeindruckt. Wahrscheinlich ist das auch einer der Gründe dafür, dass die Stadt auf der Liste der Kandidaten für den Friedensnobelpreis stand.

Wie erklären Sie sich diese Aussage des Bürgermeisters?

„Mannheim versteht sich als internationale Stadt. Daraus ergibt sich auch eine Verantwortung. Vor dem Hintergrund des Bürgerkriegs in Syrien müssen Städte der EU Grenzstädte wie beispielsweise Kilis bei der Bewältigung der Aufnahme von Geflüchteten stärker unterstützen.“

Dr. Peter Kurz,
Oberbürgermeister Stadt Mannheim

Linse: Zum einen habe ich ein sehr pragmatisches Herangehen bei den türkischen Stellen wahrgenommen. Sie jammern und klagen nicht, sondern nehmen die Situation, wie sie ist, und versuchen, das Beste daraus zu machen. Der zweite Punkt ist, glaube ich, die religiöse Überzeugung. Der Islam ist eine Religion, in der Barmherzigkeit und Hilfe für Schwächere zentrale Motive sind. Das manifestiert sich in einer sehr eindrucksvollen Formel: Die Stadt bezeichnet sich selber als mother city, als Mutterstadt. Sie ist für sehr viele syrische Kinder, deren Eltern im Krieg ums Leben gekommen sind, zur Ersatz-Mutter geworden.

Wie verlief der Gegenbesuch in Mannheim?

Dedekeloglu: Als wir eine gewerbliche Berufsschule besucht haben, waren unsere Gäste doch ziemlich beeindruckt. Von der Ausstattung, aber auch von der engen Verzahnung des ganzen Ausbildungssystems. Ich finde, wir sollten das deutsche Modell, die duale Ausbildung, viel stärker bewerben, auch international. Und natürlich hat es mich sehr gefreut, in diesen Zeiten unseren Oberbürgermeister Dr. Kurz zusammen mit dem Oberbürgermeister der Stadt Kilis, Herrn Kara, so freundschaftlich zusammen zu sehen.

Wenn eine kleine Kommune ein solches partnerschaftliches Projekt machen möchte und noch keinerlei Berührung mit kommunaler Entwicklungspolitik hat: Was geben Sie ihr mit auf den Weg?

Linse: Ich glaube, dass es nicht so sehr eine Frage der Größe der Kommune ist. Was ganz

wichtig ist: Man braucht auf beiden Seiten Projektpartner, die einander vertrauen. Da ist die Frage: Wie findet man zueinander? Wir hatten den AKIG als Partnernvermittler. Ganz wichtig ist auch, dass man von Anfang an, wie man das so schön formuliert, auf Augenhöhe zusammenarbeitet. Man darf in ein solches Projekt nicht hineingehen mit der Attitüde, „Wir erklären jetzt mal anderen, wie die Welt funktioniert.“ Das wäre ein falscher Ansatz. Außerdem muss man sich überlegen: Was sind die Bedarfe? Nicht jede Partnerschaft funktioniert, es kommt auf das gemeinsame Interesse an.

Jemand sagt zu Ihnen: „Kehren Sie vor der eigenen Haustür, engagieren Sie sich lieber hier, wir haben in Mannheim genug Probleme.“ Was antworten Sie?

Dedekeloglu: Wenn man vor der eigenen Tür kehrt, heißt das nicht, dass wir anderen nicht helfen sollen. Ich komme aus dem Arbeitskreis Islamischer Gemeinden, doch auch die Bibel sagt aus: Nächstenliebe heißt, nicht nur vor Ort für mich selbst zu sorgen, sondern auch woanders für andere Menschen. Und was man sich hier vielleicht als Grundvoraussetzung wünscht, ist dort ein Luxus.

Linse: Wir leben nicht auf Inseln, die nichts miteinander zu tun haben. Wir leben in einer Welt, die in hohem Maße miteinander vernetzt ist: im wirtschaftlichen Bereich, aber auch in Form von Krisen. Sie merken das in einer Stadt wie Mannheim. Dabei sind wir keine Metropole, nicht Berlin oder Schanghai.

Inwiefern merken Sie das?

Linse: Sei es über Flüchtlinge, sei es dadurch, dass die hier lebenden Personen – in Mannheim leben Menschen aus 170 Nationen – in hohem Maße von der politisch-gesellschaftlichen Situation in ihren Herkunftsländern tangiert sind. Der türkisch-kurdische Konflikt beispielsweise ist auch in unserer Stadt wahrnehmbar. Genauso, wenn Israel in einer kriegsrischen Auseinandersetzung mit dem

Gaza-Streifen steht. Dann wird darauf reagiert. Die Frage ist nicht: Ist es so? Sondern: Wie gehen wir als Kommune damit um? Unser Ansatz ist: Kommunen übernehmen Verantwortung im Rahmen von globalen Prozessen. Ich glaube auch, dass nur so die globale Nachhaltigkeitsagenda umgesetzt werden kann.

Zurück zum Projekt: Was wünschen Sie sich?

Linse: Dass es tatsächlich gelingt, den Frauen ökonomische Perspektiven zu geben. Wir versuchen auch noch, auf unserer Seite mehr Frauen zu involvieren. Sie reden ja hier mit zwei Männern, die ein Projekt für Frauen machen. Und: Ich kann sehr gut nachvollziehen, dass die deutsche Bundesregierung ein solches Programm aufsetzt. Wir alle stehen natürlich vor der Frage: Was kann man angesichts dieser menschlichen Tragödie in Syrien tun? Aber man muss sich immer darüber im Klaren sein: Es reicht nicht, tolle Programme aufzulegen. Es braucht Menschen, die diese Programme umsetzen. Ich würde mich sehr freuen, wenn das Bundesministerium Menschen, ohne die ein solches Projekt nicht möglich wäre, entsprechend würdigen würde. Herr Dedekeloglu und die Mitstreiter des AKIG machen das im Ehrenamt. Ich rede nicht von Geld, sondern einfach von einer Anerkennung dieses Engagements.

Und Ihr geplantes Multi-Service-Zentrum: Was steht als nächstes an?

Linse: Job Shadowing in den Bereichen Kinderbetreuung, schulische und berufliche Ausbildung: Lehrpersonal aus Kilis und Mannheim wird sich gegenseitig besuchen und hospitieren.

Dedekeloglu: Langfristig, das duale Ausbildungssystem auch in der Türkei zu fördern. Unsere Partner sind jedenfalls davon begeistert. Das könnte ein echter Exportschlag werden. | |

Die Fragen stellte
Christine Rohrer, freie Redakteurin.

Vier Gemeinden in der Einen Welt

Vernetzungsforum legte Grundstein für gemeinsame Ideen und Projekte

| Christine Rohrer

Sich kennenlernen, Vorurteile abbauen, aktiv werden – diese Ziele verfolgen seit September 2015 viele Kommunen mit Willkommenstagen und Nachbarschaftsfesten für Geflüchtete und alle anderen Bürgerinnen und Bürger. Altshausen, Aulendorf, Bad Waldsee und Bad Wurzbach im Kreis Ravensburg machen vor, wie es nicht bei einer einzelnen Veranstaltung bleibt. Fest steht: Es braucht nicht nur Ideen, sondern auch zielstrebige Macherinnen und Macher.

Milad Audeh zum Beispiel. Der 26-jährige Autor des Theaterstücks „Die Komödie des Schmerzes“ ist im Herbst 2015 in Deutschland angelangt. Mit der Sprache schnell vertraut, engagierte sich der Syrer ehrenamtlich als Übersetzer beim Helferkreis Bad Waldsee. Dort hat die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) unter dem Titel „Flucht in der Einen Welt“ im April 2016 ein Wochenende der Begegnung durchgeführt. Mit seinen Zeilen im Gepäck traf Milad Audeh auf rund 50 andere Interessierte, die sich auf dieses Experi-

ment einließen. Gemeinsam suchten sie in der Aulendorfer Dobelmühle Antworten auf Fragen wie: Globale Gerechtigkeit und Verständigung – welchen Beitrag möchten wir leisten? Was wollen wir hier vor Ort verändern? Wie kann die kommunale Verwaltung dabei unterstützen?

Audeh kam mit Anja Serfontein ins Gespräch, die sich seitdem als assistierende Geburtshelferin seines Stückes bezeichnet und Teile daraus bereits mit ihm bei lokalen Veranstaltungen aufgeführt hat. Sie war schnell begeistert: „Es war spannend für mich, dass er Trauer und Erlebtes in eine Komödie verpacken wollte – zum Beispiel eine Situation beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.“

In dem Bühnenwerk gibt es keine Namen und Länder. Die Menschen sind aus Kriegsland nach Asylland gekommen, um Frieden und Sicherheit zu suchen. „Es ist egal, wie sie heißen, woher sie gekommen sind: Sie wollten ein besseres Leben“, erklärt der Autor. Viele Themen werden in dem Stück mit einem lachenden und einem weinenden Auge betrachtet, darunter Liebe, Respekt und Toleranz. Aber auch Hass und Terrorismus kommen vor. Audeh will zeigen: „Manche Leute glauben, dass syrische Flüchtlinge das mitgebracht haben. Das stimmt nicht, das gibt es überall!“

Vierter Akt Die Realität

X: Asylland! Herzlich willkommen!

Mensch: Das war ganz einfach! Wieso mein Freund gestorben ist? Er hatte Pech gehabt, vielleicht... Aber zum Glück hatte ein Fisch dann eine gute Mahlzeit. Es freut mich, wenn ein Fischlein eine gute Mahlzeit hatte. Die Tierschützer werden jetzt sicher zufrieden sein, oder?

Beamtin: Hallo, guten Morgen! Wie heißen Sie?

M: Ich heiße Mensch.

B: Ah, Herr Flüchtling! Herzlich willkommen!

M: Aber ich heiße doch Mensch!

B: Haben Sie einen Reisepass, mit einem Stempel drin?

M: Nein.

B: Also, herzlich willkommen, Herr Flüchtling...

M: Okay, und nun? Was soll ich tun?

B: Ganz einfach, Sie müssen ein einfaches Formular ausfüllen.

Die Beamtin gibt dem Flüchtling einen Ordner und sagt: „Bitte schön!“. Danach erhält der Flüchtling eine Nummer. Es ist die Nummer 1.000.000.

B: Jetzt müssen Sie in eine Unterkunft gehen. Sie liegt in einer Stadt, die „der am weitesten entfernte Ort“ heißt.

Ausschnitt aus „Die Komödie des Schmerzes“ von Milad Audeh

Audeh war Serfontein schon vor dem Wochenende aufgefallen, als er noch neu in der Stadt und Teilnehmer im Deutschunterricht war, den sie ehrenamtlich über den Helferkreis anbot: In der ersten Reihe, mit einem Wollknäuel im Schoß und Stricknadeln in der Hand. Noch keine zwei Jahre ist es her, dass sie selbst aus dem Ausland zurück nach Bad Waldsee gezogen ist. In ein Neubaugebiet zwischen

Milad Audeh spielt mit Anja Serfontein eine Szene aus seiner „Komödie des Schmerzes“.



Foto: Bad Waldsee/Ahmed Mousa

Interkulturelles Friedensgebet am Weltflüchtlingstag 2016 in Bad Waldsee.

Vorzeigehäuser, wie sie sagt. Die Lehrerin einer Vorbereitungsklasse nahm Angst und Scheu in ihrer Nachbarschaft wahr „vor allen, die man nicht kennt“. Das Vernetzungstreffen empfindet sie als Bereicherung: „Seither erlebe ich freudiges Grüßen, wenn ich jemandem von diesem Wochenende begegne. Man sieht den anderen wirklich.“ Nicht nur bei ihr strahlt das Wochenende nach. Auch bei Christian Falkenstein, dem Initiator des Treffens. Ein sehr engagierter Mann, sagt Serfontein, der Worten Taten folgen lasse.

| Business-Tisch und Friedensgebet

Die Liste an Aktivitäten, die seit dem Wochenende in der Dobelmühle entstanden sind, ist lang: Business-Tisch, Tag der Offenen Tür in einer Flüchtlingsunterkunft, interkulturelles Friedensgebet, regelmäßiger Austausch zwischen den vier Städten, die sich zusammengenommen und ihr Engagement „Vier Gemeinden in der Einen Welt“ getauft haben. Falkenstein betont jedoch: „Partizipation von Geflüchteten kann erst dann beginnen, wenn eine gesicherte Bleibeperspektive da ist.“ Dem Unternehmer ist es wichtig, den Blickwinkel zu wechseln: „Was bringt es mir, zwei Tage zu diskutieren, wenn ich mein Leben in Deutschland auf die Reihe kriegen muss?“

Die Sprache lernen, eine Arbeit finden und die Familie nachholen, das steht für viele derzeit im Vordergrund. Das Vorhaben, Geflüchtete in die Entwicklungspolitik einzubinden, kann erst dann greifen, wenn sie hier schon diese ersten Schritte gegangen sind. Dass ihr mitgebrachtes Wissen sehr wertvoll ist, steht außer Frage. Für Projekte hier vor Ort, aber auch, um langfristig Fluchtursachen zu bekämpfen. Falkenstein vertritt eine klare Haltung: „Wie will man von deutscher Seite aus in andere Länder eingreifen? Das kann ja nur von den Einheimischen kommen. Deshalb mein Gedanke: Die Menschen, die jetzt hier sind, befähigen, Impulsgeber in ihren Herkunftsländern zu werden.“ Gemeinsam mit der Runde vom Business-Tisch hat er dafür auch schon eine Idee: Eine Hochschule, an der man sich flexibel weiterbilden kann, die allen offen steht, mit Angeboten in der Herkunftssprache und die mit Ausbildungsbetrieben kooperiert.



Foto: Bad Waldsee/Bingjite Göppel

| Zuzug Geflüchteter als Chance

Mit Hilfe einer Facebook-Gruppe, verwaltet von einer Engagierten aus Bad Wurzach, soll die Dynamik vom Begegnungswochenende erhalten bleiben, Regelmäßig wird so über einzelne Projekte und Veranstaltungen informiert. Ein Beispiel ist der Tag der Offenen Tür in einer Altshausener Flüchtlingsunterkunft, bei dem Audeh mit Serfontein eine Szene aus seiner „Komödie des Schmerzes“ spielte: „Die Leute sagten, dass das Stück sie berührt, sie zum Nachdenken gebracht hat.“

Gedanken aufwerfen, über den Tellerrand schauen – das waren auch Ziele des syrisch-schwäbischen Kochtreffens, des Altstadt-Festes mit internationaler Küche und der Aktionen zum Weltflüchtlingstag in Bad Waldsee. Immer mit dabei: Ahmed Moussa, Integrations- und Flüchtlingsbeauftragter der Kommune. Für ihn war der Workshop in der Dobelmühle ein doppelter Gewinn: Erst eine Woche zuvor hatte er seine Stelle angetreten. So konnte er direkt Kontakte knüpfen, sowohl mit Geflüchteten als auch mit dem Bürgermeister der Nachbargemeinde Aulendorf, dem Unternehmer Falkenstein, ehrenamtlich in den Helferkreisen Aktiven und anderen entwicklungspolitisch Interessierten. Und erklären, wie er sie von städtischer Seite aus unterstützen kann.

„Gemeinsam Horizonte öffnen“ – dieser Leitspruch ist Moussa bei seiner Arbeit wichtig. Er führt aus: „Jeder Mensch sollte die kulturelle Vielfalt in den Kommunen als Chance sehen, da jede und jeder von anderen etwas lernen kann.“ Auch die Gleichstellung der Geschlechter ist für ihn zentral, deshalb setzt er sich als Themenpate für das in der 2030-Agenda verankerte Ziel ein. Die Ziele der Vereinten Nationen für eine nachhaltige Entwicklung waren

Mittelpunkt einer weiteren Veranstaltung, die dem Vernetzungswochenende folgte. Die Gemeinde Aulendorf stellte Räume zur Verfügung, Falkenstein organisierte das Treffen und hatte die Idee mit den Themenpatenschaften für einige der Ziele. Bis 2030 wollen die Patinnen und Paten für die Inhalte sensibilisieren und mit anderen an der Umsetzung vor Ort arbeiten.

| Erfahrungen als Inspiration weitertragen

Im Mai 2017 ist Falkenstein nach Göttingen gefahren, um sich auch überregional zu vernetzen. Die SKEW hat dort einen Fachtag organisiert für Engagierte aus Kommunen wie Rostock und Jena, die ähnliche Begegnungstreffen veranstaltet haben. Dort tauschte er sich über Erfahrungen und Visionen aus. Falkenstein träumt von einem entwicklungspolitischen Stammtisch und einem „Festival-4good“ – einer Plattform für den positiven Wandel.

Auch Audeh bringt wieder Bewegung in sein Bühnenstück: „Ich will, dass es nicht in der Schublade bleibt.“ Über einen Freund steht er im Kontakt mit einem Theater in Berlin, das Interesse signalisiert. Im Moment schreibt der syrische Autor, der mittlerweile in Biberach lebt und als Bauingenieur arbeitet, am zweiten Teil des Stücks. Und fast jedes Wochenende fährt er zurück nach Bad Waldsee, einem der vielen am weitesten entfernten Orte.



Christine Rohrer
ist freie Redakteurin.

Zurück ins Herkunftsland?

Das Münchner Projekt „Coming Home“ bietet Geflüchteten Hilfe bei der Rückkehr und Reintegration



Foto: Stadt München

Ein von einer Mine verletztes Mädchen bekommt eine Prothese angepasst. Rückkehrer Wali N. und seine Angestellten bieten mittellosen Menschen in Kabul kostenlose orthopädische Versorgung. Sein Hilfsprojekt wird mit Spenden aus Deutschland unterstützt.

der Klienten. Geklärt wird zudem: Kann die Person beruflich gefördert oder bei einer Existenzgründung unterstützt werden? Liegen gesundheitliche Beeinträchtigungen vor? Ist es möglich, die Schulbildung der Kinder zu finanzieren? Gibt es eine Beratungsstelle im Herkunftsland?

Manche benötigen nur ein Busticket, bei anderen kann der Beratungsprozess mehrere Monate dauern. Häufig kommen auch Menschen, die sich gar nicht sicher sind, ob sie bleiben oder ausreisen möchten. Alle Beratungen sind ergebnisoffen und neutral. Die Entscheidung für oder gegen die freiwillige Rückkehr treffen die Personen jeweils eigenverantwortlich. Der Begriff „freiwillig“ ist allerdings manches Mal in Frage zu stellen: Lässt sich eine Ausreise noch als freiwillig bezeichnen, wenn als einzige Alternative die Abschiebung bleibt? Ein kontroverses, bisher nicht abschließend diskutiertes Thema.

| Bundesweites Netz von Beratungsstellen

Seit 1996 gibt es das Münchner Büro für Rückkehrhilfen. Ursprünglich sollte es die 21.000 vor Ort lebenden bosnischen Bürgerkriegsflüchtlinge unterstützen. In den Folgejahren öffnete die städtische Beratungsstelle ihre Angebote für Geflüchtete und Asylsuchende aller Nationalitäten. Allein vergangenes Jahr kamen rund 900 Menschen. Von ihnen erhielten 639 Personen Hilfe bei der Rückkehr in eines von 37 Ländern. Zahlenmäßig ganz oben auf der Liste stand Afghanistan, gefolgt von Albanien und dem Irak. Das Bayerische Sozialministerium und die EU finanzieren „Coming Home“.

Das Münchner Büro fördert seit 2003 zudem den Aufbau eines bundesweiten Netzes von ähnlichen Anlaufstellen. Länder und Kommunen können sich bei der Einrichtung neuer Beratungsangebote begleiten lassen. Weiterbildungen und Hospitationen befähigen

| Marion Lich

Rund 15.000 Menschen aus mehr als 50 Nationen hat das Büro für Rückkehrhilfen bisher unterstützt. Wer darüber nachdenkt, Deutschland wieder zu verlassen, findet dort Rat und finanzielle Hilfen. Die Angebote stehen allen offen: Asylsuchenden sowie geduldeten und anerkannten Geflüchteten. Aber auch Personen, die kein Bleiberecht bekommen und zur Ausreise aufgefordert werden.

Linda O. möchte heim nach Nigeria. Deshalb ist sie die Treppen des Sozialreferats in der Münchner Werinherstraße hinaufgestiegen. Dort trifft sie auf die Rückkehrberaterin für afrikanische Länder. Von ihr will sie wissen: Welche Hilfen gibt es? Im Raum nebenan sitzen drei junge Männer, die sich auf ihre Reise zurück nach Pakistan vorbereiten. Eine Tür weiter ist ein Ehepaar, das sich in Russland

selbstständig machen möchte. Die vierte Beraterin spricht mit einer Familie aus Kosovo. Sie bittet um finanzielle Unterstützung für die Versorgung ihres behinderten Kindes. Im Vorraum warten weitere Ratsuchende. Aus Afghanistan kommen sie, ihre Asylanträge wurden abgelehnt. Immer wieder klingelt das Telefon. Alltag im Büro für Rückkehrhilfen. Die Terminkalender der vier Beratungskräfte sind gut gefüllt.

| Heimweh und enttäuschte Erwartungen

Die Gründe für eine Rückkehr sind sehr unterschiedlich. Oft ist es Heimweh oder die Sorge um erkrankte Angehörige. Ältere Menschen möchten ihren Lebensabend im Herkunftsland verbringen, Schwerstkranke dort sterben. Auch enttäuschte Erwartungen über das Leben in Deutschland spielen eine Rolle. Und nicht zuletzt der negative Ausgang des Asylverfahrens. Um möglichst bedarfsgerecht helfen zu können, fragen die Beraterinnen nach den Bedürfnissen und Fähigkeiten

Beratungsgespräche finden in vertraulichem Rahmen statt.



Foto: Stadt München

gen neues Personal. Auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ist aktiv. Seit Dezember 2014 wird dort an einem Konzept für „Integriertes Rückkehrmanagement“ gefeilt. Es sollen mehr Beratungs- und Hilfsangebote entstehen, sowohl in ganz Deutschland als auch in den Rückkehrländern. Ebenso engagiert sich das Ministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) verstärkt im Bereich Reintegration von Geflüchteten.

Die Rückkehrberatenden haben sich seit Jahren um eine Kooperation mit der Entwicklungszusammenarbeit bemüht. Das trägt nun erste Früchte. Denn für eine tragfähige Lebensgrundlage müssen die Bedingungen in den Flucht- und Herkunftsgebieten verbessert werden. Aber auch ein Blick auf die Entwicklungspolitik in deutschen Kommunen lohnt: Künftig soll die Zusammenarbeit mit Diaspora-Vereinen ausgeweitet und das Engagement und Potenzial der hier lebenden Migrantinnen und Migranten stärker genutzt werden.

Umgang mit widrigen Lebensumständen

Das Büro für Rückkehrhilfen unterstützt auch Hilfsprojekte, die von Rückkehrenden wie Wali N. selbst ins Leben gerufen werden. Zurück in Kabul hat der in Deutschland ausgebildete

Orthopädietechniker mehrere Werkstätten eingerichtet. Dort versorgt er Minenopfer mit Prothesen und anderen medizinischen Hilfsmitteln.

Die besten Beratungs- und Hilfsangebote ändern nichts daran, dass das Leben nach einer Rückkehr in der Regel nicht leicht ist: In vielen Regionen ist die Sicherheitslage nicht stabil. Es ist schwer, eine Arbeit zu finden. Die Gesundheitsversorgung ist mangelhaft. Das soziale Umfeld ist fremd geworden. Eine wertvolle Ergänzung zur Rückkehrberatung sind deshalb Ansprechpersonen vor Ort, die in der ersten Zeit nach der Ankunft mit Rat und Tat zur Seite stehen. Ein gutes Beispiel hierfür ist die Arbeit von Solidarity with Women in Distress (SOLWODI). Die internationale Organisation hilft jenen Frauen bei der Rückkehr, die von Sextourismus, Heirats- oder Menschenhandel betroffen sind.

Keine leichte Aufgabe

Linda O. wurde von Menschenhändlern ange- worben. Das stellt sich im Verlauf der Beratung heraus. Gemeinsam mit SOLWODI wird „Coming Home“ einiges möglich machen: die Rückkehr zur Tochter, die Anmietung einer Wohnung und ein Praktikum als Verkäuferin. Später möchte die Nigerianerin einen eigenen kleinen Laden eröffnen. Die drei Männer aus Pakistan bekommen jeweils 200 Euro Beihilfe zur Reise und 500 Euro Startgeld. Dazu gibt es 800 Euro aus dem neuen Bundes-Förderprogramm „StarthilfePlus“. Froh darüber sind sie dennoch nicht. Sie hätten lieber weiter in Deutschland gearbeitet und mit dem Verdienst die Familien versorgt.

Die Männer haben außerdem Bedenken, am Flughafen verhaftet zu werden oder einen Teil des Geldes an korrupte Beamte zu verlieren. Den Afghanen aus dem Wartezimmer geht es ähnlich. Ihnen steht die gleiche Fördersumme zu. Und auch sie haben Angst: vor Gefahren durch Terror und einem Leben ohne Perspektive. Das russische Ehepaar erhält neben der Starthilfe eine Förderung zur Existenzgründung. Der Mann ist ausgebildeter Schweißer. Nach der Rückkehr kann er mit dem Geld Werkzeug kaufen. Und der Ehefrau, die unter gesundheitlichen Problemen leidet, wird ein Vorrat an Medikamen-

ten finanziert. Er wird für drei Monate reichen. Einen gut erhaltenen Rollstuhl aus dem Spendenlager bekommt die Familie aus Kosovo. Und die Adresse einer Anlaufstelle in Pristina.

„Coming Home“ bietet:

- Beratung und Hilfestellung bei den Ausreisevorbereitungen
- Flugbuchung und Starthilfe über die Internationale Organisation für Migration (IOM)
- Übernahme von Kosten für Medikamente, Impfungen, Übersetzungen
- Individuelle, bedarfsgerechte finanzielle Unterstützung
- Maßnahmen zur Qualifizierung vor und nach der Ausreise
- Vermittlung von Kontaktstellen im Ursprungsland
- Förderung von Existenzgründung
- Weitere Hilfen bei unvorhergesehenen Notlagen

Beratungen wie diese sind gewiss nicht einfach. Als Ansprechperson hört man viele traurige Geschichten, spürt die Verzweiflung mancher Klienten. In einigen Momenten gerät man darüber selbst ins Zweifeln an der Arbeit. Erfolgsgeschichten und herzliche Dankesbriefe bauen wieder auf. Im Laufe der Jahre haben sich hunderte angesammelt. Aus Burkina Faso kamen die Zeilen: „Merci à Coming Home. J’ai retrouvé le goût de la vie.“ Was so viel heißt wie: „Danke, Coming Home. Ich habe die Lust am Leben wiedergefunden.“ Sie erinnern daran, wie wichtig das Beratungsangebot ist. | |



Marion Lich
ist Leiterin des Büro für Rückkehrhilfen.

Gemeinsam Bildungsarbeit gestalten

Ein Pilotprojekt will alteingesessene Bürger, migrantische Organisationen und Geflüchtete in Kontakt bringen

| Christine Rohrer

Ins Gespräch über Fluchtursachen und globale Zusammenhänge kommen – das ist der Grundgedanke von „Kommunen als Initiatoren entwicklungs-politischer Bildungsarbeit“. In diesem Pilotprojekt, auf den Weg gebracht von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW), wollen die Beteiligten mit Geflüchteten und migrantischen Organisationen Hand in Hand arbeiten – schon bei der Planung der Vorhaben. Das ist Neuland, und aller Anfang ist bekanntlich schwer. Dennoch herrscht in Aidlingen und dem Landkreis Plön, beide an dem Projekt beteiligt, Aufbruchstim-mung.

Aidlingen. Vier Ortsteile und Kirchen, drei Schulen, ein Schloss gibt es hier. So beschaulich und doch so international. Aus 65 Nationen stammen die Menschen, die hier zwi-

schen Nordschwarzwald und Stuttgart leben – darunter Syrien, Afghanistan und Irak. „121 Geflüchtete bei 9000 Einwohnern, das muss man eigentlich hinkriegen!“, sagt Ehren-amtskoordinatorin Ursula Kubin voller Überzeugung. Und sie meint nicht „irgendwie hinkriegen“, sondern will die Zugewanderten ins Gemeindeleben einbinden. So brüten sie und Bürgermeister Ekkehard Fauth im Moment über einer Idee. „Es geht um die Frage: Wie bekommen wir auch künftig ein friedliches Zusammenleben in Aidlingen zustande?“, erläutert Fauth, bereits seit 17 Jahren im Amt. „Dafür muss man voneinander und miteinander lernen. Wir haben noch keine ganz konkreten Themen für unser Bildungsprojekt, aber ein Ziel: Wir wollen Multiplikatoren gewinnen, die mit den Menschen hier arbeiten.“

Sowohl aus den Reihen der Geflüchteten als auch aus der eingewachsenen Bürgerschaft sollen sie stammen. Sie könnten als Dreh- und Angelpunkt fungieren, als fragende, inspirierende, erklärende Ansprechpersonen mit hoher interkultureller Kompetenz. Wenn sie dabei helfen, strukturelle und kulturelle Unterschiede zwischen Deutschland und den Herkunftsländern begreiflich zu machen, wäre

ein besseres gegenseitiges Verständnis möglich. In den Aidlinger Bürgerinnen und Bürgern die Lust wecken, sich auf Neues einzulassen, aus eigenem Antrieb zu frischen Erkenntnissen zu gelangen, auch darum geht es. Als Lernende stehen sie im Mittelpunkt und an ihnen möchten Fauth und Kubin ihr Bildungsangebot bestmöglich ausrichten.

| Neuland betreten

Rund 650 Kilometer weiter nördlich findet sich eine ähnliche Situation. Fast greifbar die Gedanken und Ideen, die durch die Zimmer von Michaela Blanck und Björn Haberer schweben. Um sie gemeinsam mit anderen noch konkreter zu machen, wird gerade ein Workshop konzipiert. Die Koordinatorin für die integrationsorientierte Aufnahme von Flüchtlingen und der Bildungskordinator der Kreisverwaltung Plön in Schleswig-Holstein laden ein, um gemeinsam Bildungsarbeit zu gestalten. Kommen sollen alle Interessierten, vor allem auch Geflüchtete und Vertreterinnen und Vertreter von migrantischen Organisationen (MO).

In solchen Organisationen arbeiten überwiegend Menschen mit internationalen Wurzeln, gerade auch im Vorstand. Die meisten MO in Deutschland leisten Integrationsarbeit, unterstützen Menschen gleicher Herkunft im Alltagsleben. Viele machen auch entwicklungs-politische Projekte. Nur betreiben sie häufig kaum Öffentlichkeitsarbeit und sind deshalb schwer auffindbar. Der Kreis Plön umfasst mehr als 1000 Quadratkilometer. Die fast 130.000 Einwohnerinnen und Einwohner verteilen sich auf 85 Städte und Gemeinden. Haberer erhofft sich von einer Bestandsaufnahme, dass sich der Schleier etwas lüftet: „Dadurch, dass wir so ländlich sind, haben wir die Erwartung: So viele wird es gar nicht geben. Aber das ist vielleicht nicht die Realität. Deswegen möchten wir herausfinden: Migrantinnenorganisationen, wo seid ihr?“

In Aidlingen war die Bestandsaufnahme schnell abgeschlossen. Ergebnis: null MO.

Kurz vor der offiziellen Eröffnung der vierwöchigen Bilder-Ausstellung „Nur mit dem Herzen malt man gut“ im Mai 2017. Zehn geflüchtete Frauen aus dem Kreis Plön präsentieren ihre Werke.



Foto: Kreis Plön



Foto: Gemeinde Aidlingen

Bei der „Markungsputzete“ wird aufgeräumt: eine gute Gelegenheit für die Aidlinger, miteinander ins Gespräch zu kommen (3.v.r. Bürgermeister Ekkehard Fauth).

Doch das tut dem Vorhaben keinen Abbruch, wie Kubin sagt: „Was ich sehr hoch schätze, ist, dass unser Bürgermeister voll dahinter steht.“ Im Kreis Plön rechnen Blanck und Haberer damit, dass sie erst noch etwas Überzeugungsarbeit bei den MO leisten müssen. Nicht aber bei der Landrätin, hier ist die Rückendeckung bereits gesichert. Nachdem die Flüchtlingskoordinatorin die grundsätzliche Idee eines Bildungsprojekts in Form eines Vermerks über ihren Vorgesetzten, den Fachbereichsleiter und weiter bis zur Spitze übermittelt hat, kam die erhoffte Freigabe. „Jedes Projekt, das der Kreis macht, muss von oben abgesegnet sein“, erläutert Blanck die Strukturen. Damit stehen die Türen zur Ansprache der MO offen. Sobald interessierte gefunden sind, werden sie gemeinsam ein Konzept schreiben. Darin soll stehen, was genau geplant ist.

| Wo liegt der Bedarf?

So unterschiedlich die Gemeinde Aidlingen und der Kreis Plön in Größe und Verwaltung auch sind, sie haben beide etwas gemein: Ih-

nen ist es ein besonderes Anliegen, die Eigeninitiative der Geflüchteten zu fördern. Aidlingen hat zwar nur ein kleines „Integrationsamt“, wie Kubin es nennt, aber es geht bei diesem Vorhaben eben darum, engagierte Menschen mit Migrationsgeschichte schon bei der Planung der Bildungsprojekte einzubinden. Kubin fände es schön, wenn sich ihr Projekt verselbstständigt, sodass der Motor nicht im Rathaus bleiben muss. Und auch in Plön ist man sich einig: „Uns geht es um Empowerment. Wir möchten dazu befähigen, selber etwas auf die Beine zu stellen.“

Doch wie beginnen? Blanck und Haberer blicken auf ein großes ehrenamtliches Engagement im Kreis. Neben Angeboten in den Bereichen Alltagshilfe, Sprache und Sport gibt es zum Beispiel eine Malgruppe im Amtsgebiet Selent/Schlesien, in dem mehrere Gemeinden gemeinsam verwaltet werden. Zehn geflüchtete Frauen eröffneten dort Anfang Mai ihre Bilder-Ausstellung „Nur mit dem Herzen malt man gut“. Auch die Kinder der Frauen sind bei den 14-tägigen Maltreffen dabei und werden von Ehrenamtlichen betreut. Ein solches Projekt könnte ein Anknüpfungspunkt sein, um sich über Themen wie „Die Rolle der Frau und Mutter“ oder „Erziehung“ auszutauschen. Gerade jetzt, wo der Familiennachzug für viele ein Thema ist, sieht Blanck an dieser Stelle einen Bedarf. Doch sie und Haberer wol-

len nicht vorgreifen: „Welche Bildungsmaßnahmen es konkret werden und wo der Bedarf tatsächlich liegt, das soll ja gemeinsam mit Geflüchteten und Migrant*innenorganisationen herausgefunden werden.“

| Sich näher kommen

Vom Kreis Plön mit seiner Ostseeküste zurück nach Aidlingen. Auch wenn hier keine Migrant*innenorganisationen gefunden werden konnten und das geplante Bildungsprojekt erst in den Kinderschuhen steckt, haben sich schon Wege aufgetan, miteinander in Berührung zu kommen.

„Unser Venusberg ist das größte zusammenhängende Naturschutzgebiet im Landkreis Böblingen und hat Aidlingen überregional bekannt gemacht“, erklärt Bürgermeister Fauth, der Aidlingen augenzwinkernd nach außen als „Perle des Heckengäus“ präsentiert. Damit die Umgebung auch weiterhin attraktiv bleibt, gibt es jährlich eine „Markungsputzete“: Freiwillige ziehen mit Mülltüten los und sammeln herumliegenden Unrat ein. Im vergangenen Jahr haben sich daran auch Lernende aus einem Deutschkurs beteiligt. Die Sprachtrainer und Sprachtrainerinnen haben zum einen aus Lehrbüchern unterrichtet, zum anderen standen auch Themen wie „Was mag der Aidlinger auf seinem Teller?“ und „Welches Schimpfwort wird hier am häufigsten gebraucht?“ auf dem Stundenplan.

In Fauths Aufräumgruppe gab es später Geflüchtete, die von Maultaschen sprachen und genau wussten, wie sie den Ausspruch „Du Seggel“ verwenden können. „Mir wurden Löcher in den Bauch gefragt“, erinnert sich Fauth. „Zwei Männer wollten wissen, ob das jetzt die schwäbische Kehrwoche sei. Und ich war froh, dass ich antworten konnte: Nein, das hier machen wir nur einmal im Jahr!“ Von sich erzählen, kulturelle Besonderheiten austauschen – das baut Berührungsgänge ab. Auch, oder gerade, auf ganz niederschwelliger Ebene. | |



Christine Rohrer
ist freie Redakteurin.

Fellbacher Fluchtgeschichten

Austausch über Generationengrenzen hinweg ermöglicht gegenseitiges Verständnis



Foto: Michael Beutler

Die aus den Erzählcafés entstandene Ausstellung lässt Geschichte lebendig werden: Markwart Polzer bei einer Führung im Juni 2017 neben seinem Banner. Als Achtjähriger wurde er aus dem Sudetenland vertrieben, 1945 kam er nach Deutschland.

„Vielleicht ist heute der letzte Tag, an dem du lebst.“ Zwei Jahre lang, sagt Adham Alsheyer, sei ihm dieser Gedanke jeden Tag durch den Kopf gegangen.“

ADHAM ALSHEYER aus Syrien, Ankunft im Jahr 2015

| Cathy Nzimbu Mpanu-Mpanu-Plato

Häufig fehlt ein direkter Kontakt zwischen der angestammten Bevölkerung einer Stadt und den zugezogenen Geflüchteten. Deshalb hat die migrantische Organisation Ndwenga e.V. in Fellbach gemeinsam mit anderen Erzählcafés organisiert. Eingeladen waren sowohl Seniorinnen und Senioren mit einer Vertreibungs- oder Fluchtgeschichte nach dem Zweiten Weltkrieg als auch Menschen, die in den letzten Jahrzehnten oder erst jüngst in die Stadt in Baden-Württemberg gelangt sind.

Im Raum ist es still. Nur vereinzelt ist das Knarzen von Stühlen zu hören. Blicke der Anwesenden kreuzen sich flüchtig, bevor sie sich wieder nach innen kehren. Viele scheinen dem nachzuspüren, was sie gerade gehört haben: die Geschichte eines Mannes aus Gambia. Die Geschichte seiner Flucht. Basirou

Sanneh hat nicht nur erzählt, er war in den vergangenen Minuten wieder ein Flüchtender. Mit dem ganzen Schrecken seiner Vergangenheit konfrontiert. Die Betroffenheit löst sich nur langsam in der Zuhörerschaft. Auch der 20-jährige Gambier ist noch nicht wieder in Deutschland angekommen, nicht in dem Raum des Fellbacher Seniorenheims, in dem er gemeinsam mit etwa 40 anderen Menschen sitzt.

Eingeladen hat die migrantische Organisation Ndwenga e.V. gemeinsam mit der Stabsstelle „Senioren, Integration und Inklusion“ der Stadt Fellbach und dem Forum der Kulturen Stuttgart e.V. Die Erzählcafés im Winter 2016/17 fanden in einer katholischen, einer evangelischen und einer konfessionsfreien Altenhilfeeinrichtung in Fellbach statt.

Die Veranstaltungen dienten als Plattform für gegen-

seitiges Kennenlernen und Austausch der nach Deutschland Zugewanderten untereinander. In den vergangenen Jahren war zu beobachten, dass vermehrt ältere Menschen Geflüchteten gegenüber Vorbehalte haben. Es lag deshalb auf der Hand, Menschen aus allen Generationen zu den Erzählcafés ein-

zuladen. Gemeinsamkeiten festzustellen und sich an eigene Fluchterlebnisse zu erinnern, auch wenn die oft schon lange zurückliegen, kann die Solidarität mit neu Angekommenen stärken. Ängste in Teilen der Aufnahmegesellschaft zu überwinden oder zumindest abzumildern, das war eines der Ziele des Projekts.

Die Fluchterfahrungen ähnelten einander, egal aus welchem Gebiet oder in welcher Zeit jemand geflüchtet ist: ob 1945 aus dem Sudetenland oder 2016 aus dem Irak. Die Gründe für das Verlassen des Herkunftslandes

„Tshamala Schweizer kannte keine Menschenseele, die deutsche Sprache war ihm ein Rätsel. ‚Damals war das Wort Willkommenskultur ein Fremdwort‘, sagt Tshamala Schweizer im Rückblick, ‚ich war ganz auf mich allein gestellt und könnte fast ein bisschen neidisch sein auf die Neuankömmlinge von heute.“

TSHAMALA SCHWEIZER aus dem Kongo, Ankunft im Jahr 1992



Foto: Natalia Zumarán

waren über die Jahre immer die gleichen: Kriege, ethnische Auseinandersetzungen, Armut, ein Leben ohne Perspektive. Auch über Empfindungen wurde gesprochen. Die Heimat durch Flucht oder Vertreibung unfreiwillig zu verlieren, ist immer schmerzhaft. Und irgendwo neu anzufangen, war oder ist nicht einfach.

Schon in der Einladung zum Erzählcafé wurden Interessierte gebeten, einen Gegenstand mitzubringen, der während der Flucht wichtig war oder an die Erlebnisse erinnert. So lauschte die Zuhörerschaft später nicht nur den Erzählungen, sondern betrachtete auch die mitgebrachten Utensilien. Das waren beispielsweise ein Wörterbuch, ein Tuch oder ein Kissen.

Ndwenga e.V. hat in den letzten 20 Jahren bereits häufig mit der Stadt Fellbach zusammengearbeitet. Auch dieses Mal war es eine Kooperation auf Augenhöhe zwischen Kommune, migrantischer Organisation, ihrem Dachverband und weiteren Partnern. Die einzige Schwierigkeit war, im Verlauf der Planungen gemeinsam Termine zu finden. Termine, die sowohl die ehrenamtlich und die hauptamtlich Engagierten als auch diejenigen, die an den Erzählcafés teilnehmen würden, wahrnehmen konnten.

Neben Projekten wie diesen in der Bildungsarbeit unterstützt der Verein, der sich zur Förderung der Völkerverständigung im Jahr 1996 gegründet hat, entwicklungspolitische Projekte im Ausland. Auch in der Be-

gleitung von Geflüchteten, insbesondere Menschen aus Gambia, sind die Mitglieder aktiv.

Die Erzählcafés waren – wie sich herausstellte – lediglich ein Beginn. Denn aus dem Projekt ist eine Ausstellung entstanden, in der 14 der geflüchteten Erzählerinnen und Erzähler porträtiert wurden. Damit können die drei Veranstaltungen, die gezielt in einem intimen Rahmen stattfanden, auch nach außen wirken. Jeweils ein großformatiges Foto auf einem Banner gemeinsam mit einem Auszug der Erlebnisse der Menschen machen die Themen „Flucht und Migration“ sowie „Ankommen in Fellbach“ für die Besucherinnen und Besucher der Ausstellung greifbar.

Das erste Mal zu sehen war die Ausstellung im Mai und Juni 2017 im Foyer des Fellbacher Rathauses. Begleitet von einem Rahmenprogramm aus Führungen, die teilweise von den porträtierten Geflüchteten selbst geleitet wurden, sowie einem Filmabend mit Filmgespräch. In einer Broschüre sind die Geschichten der Porträtierten ausführlich nachzulesen. Sie regen an, über das Ankommen in einem zunächst fremden Land nachzudenken. Auch darüber, was dabei unterstützend wirken kann. Die Banner sind als Wanderausstellung konzipiert, können somit von anderen Kommunen ausgeliehen werden und dort wiederum neue Impulse setzen.

Basirou Sanneh aus Gambia wartet noch auf das Er-

„Ihr kleines Kuschelkissen, im Schlesischen ‚Tunze-Bettl‘ genannt, hat Annemarie Dettmann während der gesamten Flucht unter ihrem Arm getragen. Gerade einmal zehn Jahre alt ist sie gewesen, als sie mit ihrer Mutter Hals über Kopf das Sudetenland verlassen musste. [...] Sie sieht durchaus Parallelen zwischen der Situation der Flüchtlinge damals und heute: ‚Wir hatten zwar die gleiche Sprache und Kultur, aber trotzdem haben sie uns nicht gemocht.‘“

ANNEMARIE DETTMANN aus Schlesien, Ankunft im Jahr 1945

Vertreterinnen und Vertreter mehrerer Generationen sagten während des Erzählcafés, dass sie bisher selten die Möglichkeit hatten, über ihre Fluchterfahrungen zu sprechen.

„Am 29. April bin ich geflohen, am 30. Mai war mein erster Arbeitstag im Westen. Streng genommen war ich ein Wirtschaftsflüchtling, sagt er. Seine Entscheidung hat er nie bereut. ‚Ich hatte ein gutes Leben und viel Glück im Vergleich zu den derzeitigen Geflüchteten, die mit so vielen Verlusten nach Deutschland gekommen sind.‘“

KARL-HEINZ UTESS aus Ostdeutschland, Ankunft im Jahr 1960

gebnis seines Asylverfahrens. Es sei nicht leicht für ihn, nach der Flucht in Deutschland Fuß zu fassen. Außerdem mache es ihm Angst, wenn ihm manche Menschen unfreundlich begegnen, sagt er, fügt jedoch hinzu: „Es gibt hier eben, wie in jedem Land, gute und schlechte Menschen.“ Sanneh lernt die deutsche Sprache und macht ein Praktikum in einem Fellbacher Seniorenheim: „Die Arbeit mit den alten Leuten macht Spaß.“

Kursiv gedruckt sind Textausschnitte der Ausstellung „AN(GE)KOMMEN IN FELLBACH. AUGENBLICKE. BEGEGNUNGEN. GESCHICHTEN“. Die Ausstellung fand, wie auch die Erzählcafés, im Rahmen der Reihe „Menschen auf der Flucht – Hintergründe verstehen, mitdiskutieren und aufeinander zugehen“ für baden-württembergische Kommunen und Institutionen statt. Durchgeführt wurden Erzählcafés und Ausstellung von der Stadt Fellbach in Zusammenarbeit mit dem Forum der Kulturen in Kooperation mit Ndwenga e.V. und der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global im Auftrag und mit Mitteln des Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).



Cathy Nzimbu Mpanu-Mpanu-Plato ist Erste Vorsitzende des Vereins Ndwenga e.V.

Engagement im und für den Nordirak

Die Rolle von Geflüchteten und Zurückgekehrten beim Wiederaufbau in Irakisch-Kurdistan

| Uwe Hunger und Menderes Candan

Seit dem Untergang des Baath-Regimes treiben die Kurden den Aufbau staatlicher Strukturen und die Entwicklung in der Autonomieregion Irakisch-Kurdistan voran. Heute ist diese Region ein in weiten Teilen stabiles Gebiet, auch wenn die politische Konsolidierung und der ökonomische Aufschwung durch die Invasion des sogenannten Islamischen Staates (IS) bedroht sind. Die im Vergleich zum Rest-Irak insgesamt recht positive Entwicklung ist nicht zuletzt der Unterstützung von Kurden in Deutschland und von in den Nordirak Zurückgekehrten zu verdanken.

Die Wende in der Geschichte der Kurden im Nordirak kam mit dem Sturz Saddam Husseins im Jahr 2003. Ihnen wurde mit Irakisch-Kurdistan eine eigene Autonomieregion zugesprochen, in der sie sich seither weitgehend selbst

verwalten können. Heute leben in dem Gebiet rund 5,6 Millionen Menschen und damit fast ein Fünftel der irakischen Gesamtbevölkerung. Hinzu kommen rund zwei Millionen Geflüchtete aus anderen Regionen des Iraks und aus Syrien. In Bezug auf den Gesamt-Irak verfolgen die Kurden eine ambivalente Strategie: Auf der einen Seite beteiligen sie sich an der Regierung in Bagdad, wo sie unter anderem den irakischen Staatspräsidenten stellen, auf der anderen planen sie ein Unabhängigkeitsreferendum, dessen Ausgang heute noch völlig offen ist.

Viele Spitzenpositionen in der kurdischen und irakischen Regierung besetzen ehemalige Auswanderer, häufig Geflüchtete. So ist auch der Bürgermeister von Erbil, der Hauptstadt Irakisch-Kurdistans, ein Rückkehrer aus Deutschland. Nihad Latif Qoja hat 23 Jahre lang in Bonn gelebt, bevor er 2004 Bürgermeister von Erbil wurde. Er ist deutscher Staatsbürger. An vorderster Stelle treibt Qoja seit mittlerweile über dreizehn Jahren die Entwicklung der Hauptstadt voran. Im April 2017 wurde er für seine Verdienste um die deutsch-kurdische Verständigung in Politik, Wirtschaft und Bildung mit dem Bundesverdienstkreuz

ausgezeichnet. Qoja machte sich unter anderem für die Ansiedlung deutscher Unternehmen im Nordirak stark. So sind ganze Stadtteile in Erbil neu entstanden, nach westlichen Vorbildern konzipiert, um wohlhabenden Irakern, internationalen Investoren und Rückkehrern mit entsprechendem Einkommen das Wohnen dort möglichst schmackhaft zu machen. Ein prominentes Beispiel ist die Dream City, ein luxuriöser Villenvorort, in dem die Bewohner mit westlichem Standard und größtmöglicher Sicherheit leben.

| **Ökonomische Verflechtungen:
Die Rhein-Mall von Erbil**

Von Beginn an hat die kurdische Regionalregierung intensive Anstrengungen unternommen, um ausländische Investitionen ins Land zu holen. So wurde bereits 2006 ein liberales Investitions-gesetz verabschiedet, das Kapitalanlagen aus dem Ausland durch Steuerbefreiungen und Subventionen fördert. Viele Geschäftsleute, die zuvor aus dem Nordirak geflohen waren, haben diese Chancen genutzt. Sie kehrten in die kurdische Autonomieregion zurück und bauten dort Unternehmen auf. Dabei profitierten sie von ihrer Expertise und von vielfältigen Kontakten in Europa und Nordamerika.

Einer der Rückkehrer ist der kurdische Geschäftsmann Dalsar Salim, der einige Jahre in Köln verbracht hat. Nach dem Sturz Saddam Husseins zog er mit seiner Familie vom Rhein zurück in den Nordirak. In Erbil und in Sulaimaniyya, den zwei größten Städten der Region, baute er zwei Einkaufszentren, die er beide aus Verbundenheit zu seiner alten Heimat „Rhein-Mall“ nannte. Darüber hinaus gründete er in seinem Geburtsort nahe Erbil eine Grundschule mit dem Namen „Rhein-Wohltätigkeitsschule“. Kurz darauf haben sein „Rhein-Hotel“ und sein „Rhein-Restaurant“ ihre Pforten in Erbil geöffnet.

| **Humanitäre Hilfe aus der
Diaspora in Deutschland**

Seit 2014 ist die wirtschaftliche Entwicklung wegen der Bedrohung durch den IS tendenziell rückläufig. Viele internationale Unternehmen und ehemals Zurückgekehrte haben die Region wieder verlassen – zumindest vorüberge-



Der Verband Kurdischer Ärzte in Deutschland e.V. gibt im Jahr 2015 in einem Flüchtlingscamp im Nordirak Medikamente aus.

hend. Trotzdem ist das Engagement der Diaspora nicht kleiner geworden. Im Gegenteil: Die kurdische Diaspora in Deutschland versucht, Irakisch-Kurdistan mit politischer, ökonomischer und humanitärer Hilfe zu unterstützen. Sie klären über die aktuelle Situation in der Region auf. Kurdische Wirtschaftsvereine versuchen durch vielfältige Maßnahmen zu verhindern, dass deutsche Unternehmen das Interesse an Investitionen im Nordirak verlieren. Studierendenvereine stärken den akademischen Austausch, trotz der aktuellen Unsicherheiten. Darüber hinaus leisten viele Vereine humanitäre Hilfe, und zwar nicht nur für die Geflüchteten in Deutschland, sondern auch vor Ort im Nordirak.

Zu ihnen zählt der Verband Kurdischer Ärzte in Deutschland, im Jahr 2011 von kurdischstämmigen Medizinerinnen und Medizinern in Berlin gegründet. Zum Teil waren sie selbst als Geflüchtete in den 1980er und 1990er Jahren nach Deutschland gekommen. Mitglieder des Vereins reisen mehrmals im Jahr in die nordirakischen Krisengebiete und stellen dort die medizinische Notversorgung sicher. Zudem werden regelmäßig Spenden gesammelt, um medizinische Geräte und Arzneimittel aus Deutschland in den Nordirak zu schicken. Mit Unterstützung des Landes Niedersachsen wurde beispielsweise ein Flüchtlingscamp in Duhok ausgestattet. Mobile Zahnarztpraxen und Kühlcontainer für die Lagerung von Medikamenten wurden von Deutschland in den Nordirak gebracht. Ein Teil der Aktivitäten konzentriert sich auf Deutschland: Ärztinnen und Ärzte sind an der medizinischen Versorgung Geflüchteter beteiligt und klären über die Bedeutung von Impfungen, Schutz vor Infektionskrankheiten und Vorsorgeuntersuchungen auf.

Die Jiyān-Stiftung ist ein weiteres herausragendes Beispiel – Jiyān bedeutet auf kurdisch „Leben“. Die gemeinnützige Stiftung, im Jahr 2005 unter dem Namen „Kirkuk Center for Torture Victims“ gegründet, war maßgeblich daran beteiligt, ein Therapienetzwerk für Trauma-Patientinnen und -Patienten im Nordirak aufzubauen. Als Vorbild diente die psychotherapeutische Versorgungsstruktur in Deutschland einschließlich der speziellen Traumatherapie-Ausbildungen und der Psy-



Verteilung von Gütern während einer humanitären Hilfsaktion des Verbandes Kurdischer Ärzte in Deutschland e.V. in der Sindscharregion, 2016.

Foto: Verband Kurdischer Ärzte in Deutschland e.V.

chotherapeuten-Kammern. Zuvor gab es im gesamten Irak keine entsprechenden Angebote. Und der Bedarf ist groß. Treibende Kraft der Initiative war und ist Salah Ahmad, Gründer und Vorsitzender der Stiftung. In den 1980er Jahren war er aus dem Irak in die Bundesrepublik Deutschland geflohen. Für seine humanitäre Arbeit erhielt er später das Bundesverdienstkreuz. Auch im Irak ist er mit dem höchsten Orden ausgezeichnet worden.

Fachliche Unterstützung bekam die Stiftung vom Behandlungszentrum für Folteropfer Berlin, für das Salah Ahmad ebenfalls arbeitet. Neben Aus- und Fortbildungen im Nordirak führen die Mitglieder der Jiyān-Stiftung Kampagnen gegen Gewalt und Menschenrechtsverletzungen durch, mit einem speziellen Fokus auf die Prävention von Gewalt an Frauen.

| Vorbild für andere Gruppen

Das Engagement der Kurden im und für den Nordirak dient bereits als Vorbild für andere Gruppen in der Region. So versuchen inzwischen diverse religiös-ethnische Minderheiten, aus der Diaspora heraus Einfluss auf die Entwicklungen in ihren Herkunftsregionen im Nordirak zu nehmen. Dies gilt vor allem für Assyrer und Mandäer, deren Situation im Irak und in Syrien nach wie vor prekär ist. Die Arbeit solcher Diaspora-Organisationen in Deutschland konzentriert sich daher längst nicht mehr „nur“ auf die Pflege der religiösen

Traditionen. Vielmehr machen sie sich für die Rechte ihrer religiösen Gruppen in den Herkunftsländern stark. Das Engagement der Diaspora-Organisationen für ihre Herkunftsregionen wird immer mehr wahrgenommen und wertgeschätzt. Dennoch zeigt unsere Forschung, dass eine stärkere Einbindung in etablierte Strukturen und die Unterstützung der Aktivitäten von Diaspora-Gruppen weiterhin erforderlich sind. Sie wird von der Mehrheit der Gruppen, mit denen wir gesprochen haben, zudem auch gewünscht. | |



Dr. Uwe Hunger
ist Privatdozent am Institut für Politikwissenschaft der Universität Münster.



Menderes Candan
ist Doktorand am Institut für Politikwissenschaft der Universität Münster.

Engagement möglich machen

Finanzielle und personelle Unterstützung für kommunale Entwicklungspolitik

Ein entwicklungsbezogenes Projekt soll begonnen oder ausgebaut werden, doch die kommunalen Mittel reichen nicht aus? Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global bietet Hilfe. Aktivitäten im Kontext des Themas „Flucht“ fördert sie mit vielfältigen Angeboten.

| Initiative Kommunales Know-how für Nahost

Deutsche Kommunen können eine wichtige Rolle bei der Stärkung von flüchtlingsaufnehmenden Kommunen rund um Syrien spielen. Deshalb hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) die „Initiative Kommunales Know-how für Nahost“ ins Leben gerufen und die Servicestelle mit der Umsetzung beauftragt. Gefördert wird die kommunale partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Aufnahmekommunen in Jordanien, im Libanon sowie in der Türkei und deutschen kommunalen Akteuren. Sich fachlich austauschen und konstruktiv miteinander arbeiten – das steht im Mittelpunkt.

Folgende Angebote stehen den Kommunen zur Verfügung:

- ein multilaterales, kommunales Lern- und Erfahrungsnetzwerk zu Schwerpunktthemen der nachhaltigen Stadtentwicklung und kommunalen Dienstleistungen;
- ein Expertenpool, der kommunale Fachleute vermittelt – sie sind bereit, im Rahmen von internationalen Einsätzen ihre praktischen Erfahrungen aus deutschen Städten und Gemeinden einzubringen;
- fachliche Begleitung, Unterstützung vor Ort sowie finanzielle und personelle Förderung von bilateralen Projektpartnerschaften. Beispielsweise können Entsendungen, Projektplanungsworkshops oder die entsprechende technische Projektumsetzung ermöglicht werden.



Foto: Engagement Global

Das Online-Portal der „Initiative Kommunales Know-how für Nahost“ bietet Informationen in Deutsch, Englisch, Arabisch und Türkisch.

Die Initiative wird durch die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global gemeinsam mit dem Kooperationsprojekt Connective Cities, Internationale Städte-Plattform für nachhaltige Entwicklung, realisiert.

<http://www.initiative-nahost.de>

| Schnellstarterpaket I Nahost

Im Rahmen der oben beschriebenen Initiative kann seit Frühjahr 2017 eine finanzielle Förderung für den Aufbau oder die Intensivierung einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit Aufnahmekommunen in Nahost beantragt werden. Dieses „Schnellstarterpaket I Nahost“ ermöglicht, dass Projektpartnerschaften, in denen die Akteure gemeinsam Projektideen zu kommunalen Kernthemen umsetzen, entstehen oder belebt werden. Vorhaben sollen sich am Bedarf der Partnerkommunen orientieren und sowohl den Geflüchteten als auch der lokalen Bevölkerung zugute kommen. Finanziert werden können Projektentwicklung, Qualifizierung, Vernetzung und Begegnung im Kontext von kommunaler Entwicklungspolitik. Eine finanzielle Unterstützung in Höhe von 10.000 bis 50.000 Euro lässt sich fortlaufend beantragen und wird als Vollfinanzierung gewährt. Die maximale Laufzeit beträgt zwölf Monate im laufenden Kalenderjahr. Geplante Maßnahmen müssen in diesem Zeitraum umgesetzt werden.

<http://www.initiative-nahost.de/de/starterpaket-1.html>

| Lokale Bestandsaufnahmen

Um mehr Vernetzung und Kooperation zu schaffen, bietet die Servicestelle Kommunen Bestandsaufnahmen an, mit denen migrantische und weitere entwicklungspolitische Akteurinnen und Akteure vor Ort recherchiert werden. Das Angebot umfasst zudem einen eintägigen Vernetzungsworkshop mit diesen Akteuren.

<https://skew.engagement-global.de/bestandsaufnahmen-und-ernetzungsworkshops.html>



Foto: Christine Rohrer

Sich kennenlernen und vernetzen ist die Basis entwicklungspolitischen Engagements.

| Koordination kommunaler Entwicklungspolitik

Häufig fehlen Kommunen personelle Ressourcen für ein Engagement in der kommunalen Entwicklungspolitik. Im Rahmen des Angebots „Koordination kommunaler Entwicklungspolitik“ kann ein bis zu 90-prozentiger Zuschuss für Personal beantragt werden. Das Angebot versteht sich als eine projektanhängige Fördermöglichkeit. Neben der Finanzierung einer Personalstelle sieht sie Qualifizierungsmaßnahmen und die Vernetzung mit anderen Projekt-Kommunen vor. Bei der Beantragung einer Koordinationsstelle muss ein entwicklungspolitisches Ziel festgelegt werden, das durch den Einsatz

der Koordinatorin oder des Koordinators auf kommunaler Ebene erreicht werden soll.
<https://skew.engagement-global.de/koordination-kommunaler-entwicklungspolitik.html>

| Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte (Nakopa)

Kommunen und kommunale Spitzenverbände können mit Nakopa eine Bezuschussung ihrer kommunalen Partnerschaftsprojekte beantragen. Inhaltlich muss sich das Projekt klar auf den entwicklungspolitischen Wirkungskreis der Kommunen beziehen und einem der Themen Nachhaltige Daseinsvorsorge, Good Local Governance oder Klimaschutz und Klimaanpassung zuzuordnen sein. Berücksichtigung finden außerdem Vorhaben, die die Themen Migration und Entwicklung oder Fairer Handel auf kommunaler Ebene mit der Partnerschaftsarbeit innovativ verbinden.

Die Höhe der Zuschüsse ist abhängig von Art und Umfang des Vorhabens und beträgt in der Regel zwischen 20.000 und 250.000 Euro. In begründeten Ausnahmefällen kann für Partnerschaften, denen nachweisbar eine intensive thematische Zusammenarbeit vorausgegangen ist, ein Zuschuss bis zu 500.000 Euro gewährt werden. Die Gelder sind dabei prioritär im Partnerland einzusetzen. Die Laufzeit der Projekte darf insgesamt drei Jahre nicht überschreiten.
<https://skew.engagement-global.de/unterstuetzung-durch-nakopa.html>

| Kleinprojektefonds kommunale Entwicklungspolitik

Ziel des Fonds ist es, interessierten Kommunen Hilfen zum Einstieg in neue Maßnahmen und Partnerschaften der kommunalen Entwicklungspolitik zu geben. Bezuschusst

werden Vorhaben zu Bildungsarbeit, Strategieentwicklung, Qualifizierung, Vernetzung und Begegnung. Die Höhe des Zuschusses durch den „Kleinprojektefonds kommunale Entwicklungspolitik“ beträgt pro Projekt minimal 1000 und maximal 20.000 Euro. Der kommunale Eigenanteil beläuft sich dabei auf mindestens zehn Prozent der Gesamtausgaben. Die maximale Laufzeit beträgt zwölf Monate im laufenden Haushaltsjahr. Die Maßnahmen müssen in diesem Zeitraum umgesetzt werden.
<https://skew.engagement-global.de/kleinprojektefonds.html>

Alle Angebote werden, wenn nicht anders vermerkt, von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global im Auftrag und mit Mitteln des Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) durchgeführt.

Anzeige

WELT-SICHTEN

MAGAZIN FÜR GLOBALE ENTWICKLUNG UND ÖKUMENISCHE ZUSAMMENARBEIT

Das Magazin für alle, die mehr wissen wollen.

- Weltwirtschaft und Entwicklungspolitik
- Klimawandel und Umweltschutz
- Friedensfragen und die Rolle der Religionen

WELT-SICHTEN analysiert, hinterfragt, erklärt und macht neugierig. Die Zeitschrift bringt Reportagen, Berichte und Interviews über die Länder des Südens und über globale Fragen – jeden Monat direkt ins Haus.

Testen Sie uns!

Kostenloses Probe-Abo unter www.welt-sichten.org oder Telefon 069-58098-138



- sachlich
- kritisch
- gründlich

Dieses Dossier ist eine Beilage zur Ausgabe 9-2017 von WELT-SICHTEN.

Konzept und Redaktion: Christine Rohrer (freie Redakteurin); Kevin Borchers, Jennifer Ichikawa, Wencke Müller (SKEW); Anja Ruf (im Auftrag von WELT-SICHTEN)

Gestaltung: Matthias Koch

Verantwortlich i.S.d.P.: Dr. Stefan Wilhelmy, SKEW, Engagement Global gGmbH

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Redaktion „welt-sichten“
Postfach 50 05 50
D-60394 Frankfurt/Main
www.welt-sichten.org

Bestellung bei:
info@service-eine-welt.de

**ENGAGEMENT
GLOBAL**

Service für Entwicklungsinitiativen



© Andreas Crasser

EINE WELT BEGINNT VOR ORT

Die **Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)** steht Kommunen in Deutschland als Partner in allen Fragen kommunaler Entwicklungspolitik zur Seite. Dabei beraten, informieren und fördern wir sie in unseren Zukunftsthemen

- ➔ **Fairer Handel und Faire Beschaffung**
- ➔ **Global Nachhaltige Kommune**
- ➔ **Kommunale Partnerschaften und internationale Kommunalbeziehungen**
- ➔ **Migration und Entwicklung**



Die **Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)** ist Teil der ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH und arbeitet im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH | Service für Entwicklungsinitiativen | Tulpenfeld 7 | 53113 Bonn
info@engagement-global.de | www.engagement-global.de
Servicestelle Kommunen in der Einen Welt | www.service-eine-welt.de | info@service-eine-welt.de

Im Auftrag des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung